

UNSRE HEIMAT...

Für ein zukunftsfähiges
und solidarisches
Brandenburg der Regionen

Potsdam, 19.11.2007

Vorwort

I. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

II. Woher kommen wir?

III. Aufbruch und Stillstand - Bilanz seit 1990

IV. Leitmotive Brandenburger Politik

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen
2. Demokratische Teilhabe: Schlüssel für zukunftsfähiges Gemeinwesen
3. Arbeit für ein Leben in Würde
4. Ökologische Herausforderung als Chance
5. **Den** demographischen Wandel gestalten
6. Politisches Handeln solide finanzieren

V. Strategische Handlungsfelder für nachhaltige Entwicklung

1. Die Zukunft liegt in der Bildung
2. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur
3. Starke Städte haben Zukunft
4. Ländliche Räume bleiben lebenswert
5. Kulturland Brandenburg
6. Für eine handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung

7. Brandenburg und Berlin – gemeinsam auf Augenhöhe

8. Engagiert im deutschen Föderalismus

9. Aktiv in Europa

10. Solidarischer Partner in der Einen Welt

VI. Neue Mehrheiten für einen Politikwechsel

Vorwort

Unsre Heimat ist Brandenburg, ein Land mit vielfältigen Regionen und Landschaften, einer reichen kulturellen Tradition und einer schwierigen Geschichte. Dieses Erbe mahnt zur kritischen Reflexion unseres heutigen Tuns; es gibt uns zugleich jenes Selbstbewusstsein, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können.

Die Brandenburger sind ein buntes Völkchen von „Alteingesessenen“ und „Zugezogenen“, die über die Jahrhunderte hinweg aus aller Welt in dieses Land kamen, um hier ihr Lebensglück zu finden. Miteinander haben die Menschen in vielen Generationen aus der märkischen Heide ein Land im Wohlstand gemacht. Umso schwerer wiegt, dass heutzutage neben Zuversicht und Tatkraft vielerorts ein Gefühl der Perspektivlosigkeit zu beklagen ist.

Verantwortliche Landespolitik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Brandenburg wieder mehr Zukunft bietet, und dies für alle. Erste Voraussetzung dafür ist Teilhabe der Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wenden uns gegen ein neoliberales Zerrbild, das die Menschen als kulturell entwurzelte, sozial bindungsarme und räumlich allzeit verfügbare Objekte von grenzenlosen Kapitalverwertungsinteressen rund um den Globus jagt. Heimat, soziale Einbindung und Mitgestaltung des Gemeinwesens sind keine Relikte der Vergangenheit, sondern Bestandteil von moderner Lebensqualität.

Aus diesem Grunde haben wir einen öffentlichen Dialog über die Zukunft unseres Landes unter dem Titel „Unsre Heimat“ begonnen. Im Herbst 2006 legten wir den Entwurf eines Leitbildes für Brandenburg vor, der auf starkes Interesse im Land stieß. Es folgte eine inhaltsreiche Debatte in den Medien und im Internet, in Konferenzen mit Experten und Verbandsvertretern, in Gesprächen mit lokalen Akteuren und politischen Wettbewerbern.

Natürlich diskutierte die Brandenburgische Linke den Entwurf besonders intensiv; er stammt ja von ihrer Fraktion im Landtag. Es gab einen breiten Konsens über die tragenden Ideen, aber auch kritische und kontroverse Debatten zu einzelnen Themen. Viele konkrete Anregungen haben Eingang in die vorliegende Fassung des Leitbildes gefunden.

Unser Leitbild orientiert auf Handeln. Wir wollen die großen Herausforderungen angehen und nicht den Stillstand verwalten. Statt der Provinzialität setzen wir auf Internationalität. Wir wollen ein selbstbewusstes Brandenburg, das im Bund und in Europa energisch seine Interessen

wahrnimmt und einen eigenständigen Beitrag zu Frieden und Entwicklung leistet.

- **Dieses Leitbild gibt eine zukunftsfähige und sozial gerechte Antwort auf den radikalen Wandel unserer Lebensverhältnisse. Es zeigt Wege, wie die Herausforderungen, die durch rapide technologische Innovation, wirtschaftlichen Umbrüche, sozialen Wandel und durch demographische Veränderungen entstehen, beantwortet werden können, um Lebensqualität und Lebenschancen für alle Brandenburger zu sichern.**
- **Dieses Leitbild formuliert die Anforderungen an eine verantwortungsvolle Politik, welche die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens sichert, die existentiellen Risiken für die Menschen eindämmt und die Lasten ebenso wie die Früchte des Wandels gerecht verteilt.**
- **Dieses Leitbild macht deutlich, wie sich Brandenburg zusammen mit Berlin als dynamische europäische Region in einer zunehmend globalisierten Welt behaupten und für friedliche Konfliktbeilegung, soziale Gerechtigkeit sowie ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen kann.**

Unser Leitbild orientiert sich an den realen Herausforderungen. Wenn wir über Zukunftsperspektiven für Erwerbsarbeit und Teilhabe am Wirtschaftsleben sprechen, können und wollen wir nicht verdrängen, dass die Lebensrealität vieler Menschen in Brandenburg heute von Arbeitslosigkeit oder prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägt ist. Wenn wir Wissen und Bildung zur politischen Priorität erheben, können wir nicht darüber hinweggehen, dass dafür vom Land bislang viel zu wenig Geld ausgegeben wird und Brandenburg im bundesweiten Vergleich hinten steht. Wenn wir über Weltoffenheit und Toleranz reden, verschließen wir nicht die Augen vor Erscheinungen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land und vor real existierender Provinzialität.

Unser Leitbild macht keinen Bogen um die Bundeshauptstadt, sondern denkt Berlin immer mit. Natürlich aus Brandenburger Sicht. Vieles spricht dafür, dass beide Länder auch die existentiellen Herausforderungen der Zukunft nur gemeinsam bewältigen können. Wir befürworten ein Zusammenwachsen auf gleicher Augenhöhe. Wir sehen uns nicht als zentralisierte Metropolenregion mit Berlin in der Mitte und etwas Brandenburg rund herum. Unser Leitbild orientiert auf ein vielgestaltiges Land gleichberechtigter Regionen, in dem Berlin mit seinen Stärken und Schwächen, Potenzialen und Interessen seinen Platz findet.

Wir bieten den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes eine Vision für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg an, **die wir gemeinsam mit ihnen zur Realität machen können.**

I. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Ein Leitbild für Brandenburg geht von den Konturen für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen im 21. Jahrhundert aus. Es ist weder ein umfassendes Modell noch Entwurf einer Utopie. Die Geschichte ist reich an großen politischen Visionen, auch an gescheiterten. Dem wollen wir nicht eine weitere Utopie hinzufügen. Uns geht es um Brandenburg und um das Heute am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Konturen für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen

In einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger gesichert, sowohl in der Politik als auch der Wirtschaft; in der Kultur und in der Bildung. Diese Gesellschaft ist eine starke, selbstbewusste und solidarische Bürgergesellschaft, die demokratisch strukturiert und offen ist. Sie hat ihr materielles Fundament in einer sozial gerechten und nachhaltigen Wirtschaft, die dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Sie fördert technische Innovation im Einklang von Mensch und Natur. Diese Gesellschaft gewährleistet soziale Gerechtigkeit und sichert Freiheit des Einzelnen. Ihr solidarisches Handeln ist nicht nur nach innen gerichtet, sondern schließt die Eine Welt ein. Dafür kann man verschiedene Bezeichnungen finden. Wir nennen es demokratischen Sozialismus.

Gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen ...

... selbstbewusste, demokratische und offene Gesellschaft

Starke Gesellschaft, handlungsfähiger Staat

Eine Gesellschaft, in der die Freiheit der Stärkeren nicht die verminderten Lebenschancen der sozial Schwächeren zur Voraussetzung hat, sondern die allgemeine Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben einschließt, entsteht nicht auf dem Markt. Chancengleichheit und Solidarität, fairer Wettbewerb und Leistungsgerechtigkeit müssen in Zeiten des rapiden ökonomischen und technologischen Wandels immer wieder neu hergestellt werden. Dazu bedarf es einer Politik, die einen Gestaltungsanspruch verfolgt.

Auf einer starken, solidarischen und selbstbewussten Gesellschaft gründet sich ein handlungsfähiger und demokratischer Staat. Dieser kann soziale Gerechtigkeit durchsetzen, Freiheit für alle erlebbar machen und die demokratische Teilhabe aller stärken. Der solidarische Staat trifft wirksame Vorsorge für gleiche Lebenschancen von Geburt an und hält Fürsorge für all jene bereit, die sich in sozialen Notlagen befinden und - auf sich allein gestellt - kein menschenwürdiges Leben führen können.

Leistungsfähiger Staat für soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe

Ein handlungsfähiger Staat ist kein Staat, der die Gesellschaft überwältigt. Brandenburg braucht keine aufgeblähte bürokratische Maschinerie, die durch ausufernde Regulierungswut und schleichende Zentralisierung gefüttert wird. Der handlungsfähige Staat setzt den Rahmen, die Regeln

und die finanziellen Voraussetzungen für individuelle Selbstbestimmung, eigenverantwortliches Handeln und gesellschaftliche Selbstorganisation.

Für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschaftsordnung

Wer den Schlüssel zu einer starken und solidarischen, lebenswerten und zukunftsfähigen Gesellschaft sucht, kommt an der heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verfasstheit unserer Gesellschaft nicht vorbei. Wir erleben heute einen globalisierten Kapitalismus, der mit unglaublicher Konsequenz daran geht, unsere sozialen Verhältnisse nach dem neoliberalen Leitbild umzustrukturieren. Seine Meinungsmacher monopolisieren den Reformbegriff für ihre Zwecke. Sozialstaat und Solidarprinzip werden als verknöcherte Relikte denunziert, die im Wege stehen.

Der heutige Neoliberalismus ist der Versuch, nicht nur die Volkswirtschaft, sondern die gesamte Gesellschaft dem Profit unterzuordnen. Alles, was mit dieser Rationalität nicht vereinbar ist, wird Stück für Stück abgestoßen: Mitarbeiter, innerbetriebliche Sozialleistungen, Engagement für das Gemeinwesen. Die Probleme werden dem Staat vor die Türe gekippt, mit der Aufforderung, sich darum zu kümmern – zugleich aber auch mit dem Vorwurf, immer mehr Geld zu verschlingen.

Dieser kapitalbestimmte Umverteilungsansatz kann auf Dauer nicht funktionieren; kann keine zukunftsfähige Gesellschaft begründen. Er führt zum Raubbau an den sozialen, natürlichen, zivilisatorischen Grundlagen, auf denen unsere Gesellschaft beruht. Ein Wirtschaftssystem wird auf die Dauer nur dann als legitim angesehen, wenn der geschaffene Wohlstand gerecht verteilt wird: Gerecht nach der eingebrachten Leistung, aber auch gerecht nach der Bedürftigkeit für ein menschenwürdiges Leben.

Was wir brauchen, ist nichts weniger als eine konsequente Abkehr vom Neoliberalismus. Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben einer verantwortungsvollen Politik, rechtliche und fiskalische Instrumente zu entwickeln, um der fortgesetzten Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Abwälzung der Risiken, Verluste und Lasten auf Staat und Gesellschaft den Riegel vorzuschieben. Die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Reichtum und Armut muss wieder geschlossen werden.

Ebenso ist die soziale Verantwortung der Privatwirtschaft neu zu thematisieren. Die entscheidende Frage soll sein, „was kann mein Unternehmen für die Gesellschaft tun?“ und nicht „was kann der Staat für mein Unternehmen tun?“

Regeln durch den Markt, Regeln für den Markt

Die hochkomplexe Wirtschaft von heute braucht den Markt als „selbstregelndes System“, das dem einzelnen Produzenten wie auch der gesamten Gesellschaft anzeigt, zu welchen Kosten und mit welchen Gewinnen

Neoliberalismus will die gesamte Gesellschaft dem Profit unterordnen

Ein Wirtschaftssystem ist nur legitim, wenn der Ertrag gerecht verteilt wird

Schere zwischen Reich und Arm schließen

Gesellschaftliche Verantwortung wieder ernst nehmen

Komplexe Wirtschaft von heute braucht den Markt – der Markt braucht Regeln

gewirtschaftet wird. Auf dieser Grundlage lassen sich gerechte Austauschverhältnisse herstellen, können Ressourcen verantwortungsbewusst eingesetzt werden. Auch der planende, schwerpunktsetzende und fördernde Staat ist darauf angewiesen, verlässliche – also nicht von vornherein politisch oder monopolistisch manipulierte – Signale über Kosten, Risiken und Nutzen ihrer Vorhaben zu erhalten.

Ein klares „Ja“ aber ebenso zur öffentlichen Regulierung des Marktes. Spielregeln werden gebraucht, um den Vorrang des Gemeinwohls zu sichern und Konzentrationen von wirtschaftlicher Macht, die das Gemeinwohl bedrohen, zu verhindern. Öffentliche Intervention ist nötig, um Gesellschaft und Umwelt vorausschauend gegen Marktversagen schützen und wirksame Signale für nachhaltige Entwicklung setzen. Volkswirtschaftspolitik ist nicht die Summe aller betriebswirtschaftlichen Rationalitäten, sondern die ökonomische Rahmensetzung für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Zwischen einer demokratisch regulierten Marktwirtschaft und dem Kapitalismus neoliberaler Prägung besteht mehr als ein semantischer Unterschied. Hier treffen entgegen gesetzte gesellschaftliche Leitbilder aufeinander!

Die Tatsache, dass die „Wettbewerbsordnung“ inzwischen längst auf der europäischen Ebene geregelt wird, entlässt uns nicht aus der Pflicht. **Im Gegenteil!** Brandenburg kann sich weit wirkungsvoller in die politische Debatte und die Brüsseler Entscheidungsprozesse einbringen, wenn wir gemeinsam mit den vielen anderen europäischen Akteuren, **seien es Regionen, Parteien, Gewerkschaften oder neue soziale Bewegungen, handeln**, die unsere Auffassung teilen.

Dies gilt auch im weltwirtschaftlichen Zusammenhang. Die unbestreitbare Globalisierung des Wirtschaftslebens ist nicht alternativlos an die grenzenlose Herrschaft internationaler Finanzmärkte gebunden. Anders herum wird ein Schuh daraus: Der globale Markt erfordert auch weltweit einheitliche Regeln für das Wirtschaftsleben.

Teilhabe ist Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Die Demokratie lebt von selbstbestimmten und selbstbewussten, frei und verantwortlich handelnden Bürgerinnen und Bürgern. Eine notwendige Voraussetzung sind gleiche Teilhabechancen: Jeder verfügt über ausreichende Ressourcen, um sich einbringen zu können; keiner dominiert die Willensbildung durch übermäßige Macht.

Zu den Aufgaben eines solidarischen und aktivierenden Staates gehört auch, dass jene Menschen, die nicht auf größere Erwerbseinkünfte oder Vermögen zurückgreifen können, durch ein hinreichendes Einkommen eine reale Chance bekommen, ihr Freiheitsrecht auf politische Mitbestimmung wirklich wahrnehmen können.

Öffentliche Regulierung des Marktes sichert den Vorrang des Gemeinwohls

Auch Brandenburg trägt Verantwortung für die europäische Wirtschaftsordnung

Globaler Markt erfordert weltweite Regelungen

Demokratie lebt von Teilhabe, Voraussetzung sind gleiche Teilhabechancen

Chancengleichheit ist Aufgabe des solidarischen und aktivierenden Staates

Die heutigen Kommunikationsmittel ermöglichen einen nahezu unbegrenzten Zugang zu den Quellen des Wissens. Die Chancen der selbstbestimmten Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben werden künftig immer mehr von der Fähigkeit abhängen, Wissen effektiv zu erschließen und schöpferisch anzuwenden.

Voraussetzungen dafür sind individuelle Bildung und soziale Kompetenz. Für Brandenburg liegt hier die größte Ressource nachhaltiger Entwicklung. Wir leben in einer Welt, die durch rapiden technologischen Wandel und eine exponentielle Vergrößerung des Wissens geprägt ist. Dies erfordert eine Kultur des lebenslangen Lernens, die von der Gesellschaft selbst noch geübt werden muss. Investitionen für Bildung, soziale Kompetenz und Vernetzung in der Welt des Wissens und der Kommunikation müssen im Land wirklich Priorität erhalten.

Unser Leitbild einer solidarischen Gesellschaft ist ein Gegenentwurf zur bürgerlichen Wohltätigkeit und Alimenterung. Es gehört zu den Pflichtaufgaben des sozial gerechten Staates, die Schwachen in der Gesellschaft zu unterstützen. Aber staatliche Programme zur Linderung und Verwaltung der Armut reichen nicht aus. Unsere Gesellschaft braucht eine aktivierende Kultur der gegenseitigen Hilfe zur Selbsthilfe, auf die jeder Bedürftige ein Anrecht hat und die keinen ausschließen darf. Hier liegt ein weites Feld für bürgergesellschaftliches Engagement, welches unterstützenswert ist.

Eine gerechte Gesellschaft braucht den Rechtsstaat

Wir erleben gegenwärtig, wie in einem Klima hysterischer Bedrohungsängste sowohl der Abbau des Rechtsstaates als auch der Ausbau des Überwachungsstaates betrieben wird. Bürgerliche Rechte, die über Jahrzehnte als unantastbar galten, werden wieder in Frage gestellt; die Ausübung und Durchsetzung dieser Rechte erschwert. Politische Praxis und aktuelle Rechtsprechung höhlen das Grundgesetz in Kernbereichen aus, sei es der Schutz der Privatsphäre, das Briefgeheimnis und die Unantastbarkeit der Wohnung, das Streikrecht oder das Verbot von Angriffskriegen. Unsere Gesellschaft braucht aber einen starken Rechtsstaat, dessen Handeln sich konsequent an den Werten und Normen des Grundgesetzes ausrichtet.

Rechtsstaat und Sozialstaat bilden zwei Seiten einer Medaille. Die Rechtsordnung muss ebenso der Verwirklichung der Freiheitsrechte wie der sozialen Gerechtigkeit dienen. Unser Rechtsverständnis wendet sich gegen eine Rechtspraxis, die sich zugunsten der ökonomisch Starken und zu Lasten der Schwachen auswirkt. Der Mensch ist soziales Wesen und Grundrechtsträger zugleich. An diesem Grundsatz darf nicht gerüttelt werden.

Bildung und soziale Kompetenz sind Voraussetzung für effektive Teilhabe

Wir brauchen eine aktivierende Kultur der gegenseitigen Hilfe zur Selbsthilfe

Grundgesetz in Kernbereichen ausgehöhlt

Rechtsstaat und Sozialstaat sind zwei Seiten einer Medaille

Soziale Gerechtigkeit und Freiheitsrechte, die Solidarität der Menschen gegen die Vernichtung durch Krieg, die Gleichheit aller, die Gleichberechtigung der Geschlechter, Schutz der Minderheiten sowie die Bewahrung der Lebensgrundlagen gehören zum Grundkanon der Rechtsordnung in einer modernen demokratischen Gesellschaft.

Unsere Landesverfassung, welche die repräsentative Demokratie durch Elemente der Volksgesetzgebung (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) ergänzt, gilt als eine der modernsten Verfassungen in Deutschland. Sie ist einem Grundverständnis verpflichtet, wonach Demokratie den Rahmen für Freiheit und Selbstverwirklichung von Bürgerinnen und Bürgern schaffen muss. Sie ist eine großartige Verfassung auf dem Papier, für die es in der Wirklichkeit an einer ehrlichen und konsequenten Umsetzung mangelt. Für uns als eine der verfassungsgebenden Parteien geht es in erster Linie darum, den hohen rechtsstaatlichen Standard zu wahren und die Brandenburgerische Verfassung mit Leben zu erfüllen.

Eine offene Gesellschaft der Vielfalt und Toleranz

Unser Leitbild zielt auf eine Gesellschaft der Vielfalt, Toleranz und Solidarität. Alle Menschen in Brandenburg haben nicht nur gleiche Rechte, sondern sollen auch gleiche Entwicklungschancen erhalten, unabhängig von Geschlecht und Herkunft oder sexueller Orientierung, kultureller Prägung und ethnischer Zugehörigkeit. Zur Vielfalt, die unser Land bereichert, gehört das Volk der Sorben. Seine Interessen und Kultur werden durch die Landesverfassung besonders geschützt.

Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, **sondern kulturell bereichern**. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige Ziel ist noch nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. **Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik eine große Verantwortung. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Konsequenter als bislang müssen Ideen und Geld in öffentliche Programme investiert werden, um Gleichstellung erreichen und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu erleichtern.**

Aber staatliche Aktionen allein werden keinen nachhaltigen Erfolg bringen. **Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen.** Neue rechtliche oder bürokratische Ungetüme werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. **Kul-**

***Brandenburger Verfassung
mit Leben erfüllen***

***Gleiche Rechte unabhängig
von Geschlecht, Herkunft und
ethnischer Prägung***

***Rechtsextremismus und
Fremdenfeindlichkeit sind
Angriffe auf die Demokratie***

***Für Weltoffenheit und Tole-
ranz müssen wir alle einste-
hen, und nicht nur der Staat!***

tur und Bildung klären über totalitäre Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein.

**Entscheidend ist letztlich, die sozialen Ursachen für rechtsex-
tremes und neofaschistisches Gedankengut zu überwinden. Die
junge Generation braucht Berufsperspektiven in allen Regionen
des Landes, damit Offenheit und Selbstbewusstsein durch eige-
ne Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer globalisier-
ten Wirtschaft werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeind-
lichkeit nur dann zurückgedrängt werden können, wenn es uns
gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den
weiter gewachsenen Reichtum gerechter zu verteilen. Daher ist
eine europäische Sozialordnung auch ein wirksames Instru-
ment gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.**

***Wirksamstes Instrument ge-
gen braunen Ungeist ist eine
solidarische Gesellschaft ...***

***... daher brauchen wir Vertei-
lungsgerechtigkeit und eine
europäische Sozialordnung***

Nachhaltigkeit durch ökologisch verantwortungsbewusstes Handeln

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine globale Her-
ausforderung, für deren Bewältigung verantwortliches lokales Handeln
eine Schlüsselrolle spielt.

**Erhalt unserer natürlichen
Lebensgrundlagen durch
verantwortliches Handeln**

Vom Staat kann erwartet werden, dass er die Normen des Umweltschut-
zes konsequent umsetzt, industrielle und andere wirtschaftliche Projekte
im Rahmen seiner planerischen Kompetenzen ökologisch qualifiziert und
mit seinen eigenen Vorhaben als Vorbild für nachhaltige Lösungen wirkt.

Viel wichtiger ist jedoch der Impuls zu ökologisch verantwortungsbe-
wusstem Handeln aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Technologische
Innovation wird vorangetrieben, um ressourcen- und umweltschonende
Produktionsverfahren und Produkte zu entwickeln. Alternative Energie-
quellen werden zunehmend genutzt, vom Industrieunternehmen wie
vom privaten Haushalt, im Kalkül auf langfristige Vorteile und aus Ver-
antwortung für die kommenden Generationen.

***Die ökologische Verantwor-
tung liegt bei der gesamten
Gesellschaft***

Ein Politikwechsel ist nötig, ein Politikwechsel ist möglich

Brandenburg ist nicht der Nabel der Welt. Die globalen wirtschaftlichen
und politischen Umwälzungen werden auch künftig nicht aus Potsdam
zu beherrschen sein. Auch die Leitbilder, Werte und Normen des gesell-
schaftlichen Zusammenlebens in Deutschland werden nicht allein von
den Märkern bestimmt. Aber Brandenburg ist **sowohl** Akteur im deut-
schen Föderalismus als auch eine europäische Region. Das Land steht
gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern in der Pflicht, seine Mög-
lichkeiten voll auszuschöpfen, um zu Frieden, Wohlstand und Gerechtig-
keit beizutragen.

***Brandenburg als eine
aktive europäische
Region***

Das erfordert eine zielstrebige Politik im Bund und in Europa. Das be-
deutet auch, die Gestaltungsspielräume für eigenständige und selbsttra-

gende Entwicklung mit Mut und Ideenreichtum auszuschöpfen. Manche europäische Region macht uns vor, wie viel Originalität möglich und welche Erfolge erreichbar sind.

In Brandenburg gibt es eine **gesellschaftliche** Mehrheit für einen Politikwechsel. Hier liegt ein großes Potenzial für eine sozial gerechte, innovative und zukunftsfähige Gesellschaft, die einen Weg nachhaltiger Entwicklung einschlagen kann. Um dieses Potenzial für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen, ist **eine neue** Politik nötig, die ihren gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch **klar formuliert und konsequent umsetzt.**

***Gesellschaftliche Mehrheit
für einen Politikwechsel in
Brandenburg***

II. Unsre Heimat. Woher kommen wir?

Seit mehr als acht Jahrhunderten sind die Geschehnisse Brandenburgs eng mit den deutschen und europäischen Geschehnissen verwoben. Mit der Gründung der „Mark Brandenburg“ auf slawischem Boden im Jahre 1157 begann eine wechselvolle Geschichte von Aufstieg und Niedergang, Fortschritt und Reaktion. Eine Geschichte, die auch nicht frei von verhängnisvollen Entwicklungen war.

***Wechselvolle Geschichte von
Aufstieg und Niedergang,
Fortschritt und Reaktion***

Das alte Brandenburg erschöpft sich nicht in preußischem Militarismus und borniertem Junkertum, Untertanengeist und Provinzialität. Zur historischen Bilanz gehören ebenso Verwaltungsreform und Rechtssicherheit, Disziplin in den Staatsfinanzen, frühe Anstrengungen zur allgemeinen Volksbildung, zielstrebige Industriepolitik, öffentliche Förderung von Wissenschaft und Künsten. **Die Geschichte des Landes wurde – in oft widerspruchsvoller Weise – von Machtpolitikern** wie Friedrich II. oder Bismarck, Militärs wie Scharnhorst, Moltke oder Clausewitz, Denkern wie Kant und Hegel, Wissenschaftlern wie die Brüder von Humboldt, Virchow oder Mommsen, Erfindern und Ingenieuren wie Lillienthal, Thier und Siemens, Schriftstellern und Dichtern wie Fontane oder die **von Arnims** geprägt.

***Menschen und Ideen haben
die Entwicklung in wider-
spruchsvoller Weise geprägt***

Brandenburg ist seit je her ein karges und rohstoffarmes Land, dessen Wirtschaft und Wohlfahrt von der Tatkraft, den Ideen und dem Unternehmensegeist der Menschen in diesem Land getragen wurde.

Unser zwiespältiges politisches Erbe

Dem zentralistischen Herrschaftsanspruch des brandenburgischen und später preußischen Staates standen von Beginn an politische Akteure gegenüber, die für Selbstverwaltung und Mitgestaltung kämpften. Einerseits die Städteordnungen mit ihren weitgehenden Rechten zur kommunalen Selbstverwaltung, andererseits die friderizianische Neigung zur Selbstherrschaft. Einerseits der Ansatz für eine moderne Staatlichkeit in den Stein'schen Reformen von 1808, andererseits langwierige politische Erstarrung nach dem Sieg über Napoleon. Einerseits das Engagement für Wissenschaft und Künste, sei es bei der Gründung der Viadrina in Frankfurt an der Oder im Jahre 1506 oder bei der Geburt der Berliner Universität im frühen 19. Jahrhundert. Andererseits die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens im ganzen Land.

***Zentralismus und
Militarisierung versus
Toleranz und Bürgersinn***

Brandenburg übte Toleranz und öffnete sich Fremden und Glaubensflüchtlingen. Aber Brandenburg und später Preußen waren kriegerische Staaten, die sich durch nackte militärische Gewalt vergrößerten. Liberale aus brandenburgischen Städten standen 1848 für die Republik auf den Barrikaden und wurden von Landeskindern in preußischer Uniform erschossen. Eine anwachsende Arbeiterschaft, die im Zuge der Industrialisierung während des 19. Jahrhunderts entstand, kämpfte zunehmend selbstbewusst für ihre Rechte. Ihre politischen Interessenvertretungen

sahen sich den Bismarckschen Sozialistengesetzen und vielfältigen anderen politischen wie gesellschaftlichen Diskriminierungen ausgesetzt.

Im vergangenen Jahrhundert war dieses Land ein Brennpunkt der sozialen und politischen Konflikte, die Deutschland erschütterten. Potsdam war die Residenzstadt der Hohenzollern, aber in dieser Stadt wurde Karl Liebknecht in den Deutschen Reichstag gewählt, der dort 1914 gegen die Kriegskredite stimmte. Dem verhängnisvollen „Tag von Potsdam“ im Jahre 1933, der Hitler den Weg an die Macht ebnete, stand in den folgenden 12 Jahren der Widerstand von brandenburgischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, Bürgern und Adligen gegen die Nazi-Diktatur gegenüber.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen auch in Brandenburg die Menschen mit dem Aufräumen der materiellen und geistigen Trümmer, die Nationalsozialismus und Militarismus hinterlassen hatten. Das Land erlebte seine Wiederauferstehung als – nunmehr territorial verkleinerte – „Mark Brandenburg“ in der 1949 gegründeten DDR.

In der DDR wurde ein staatssozialistisches System sowjetischer Prägung etabliert, das im Jahre 1952 mit der Tradition der selbständigen Länder brach. Das Land Brandenburg wurde in die Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt aufgeteilt. Während der folgenden Jahrzehnte vollzog sich hier ein massiver Industrialisierungsprozess. Das Niederlausitzer Industriegebiet, die Petrolchemie in Schwedt, die LKW-Produktion in Ludwigsfelde und das Stahlwerk in Brandenburg an der Havel gehörten zu den größten Industrialisierungsvorhaben. Auf dem Lande wurde junkerlicher Großgrundbesitz enteignet. Die neuen Eigentümer bewirtschafteten ihr Land allerdings nur wenige Jahre lang individuell. Mit der nicht selten rabiatisch durchgesetzten „Kollektivierung“ entstanden landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die von nun an als moderne Agrarbetriebe das ländliche Leben wirtschaftlich und sozial prägten.

Viele Menschen der Aufbaugeneration sind mit Recht stolz auf die Ergebnisse ihrer Arbeit. **Große und schwierige Industrieprojekte konnten bewältigt werden. Der Wohlstand wuchs.** Es herrschte Vollbeschäftigung **und es gab keine gravierenden sozialen Unterschiede.** Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung wurden flächendeckend gesichert. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau machte sichtbare Fortschritte.

Diese Entwicklungen vollzogen sich nicht im luftleeren Raum, sondern unter den Bedingungen des Kalten Kriegs, was Gestaltungsspielräume einschränkte und Deformationen verstärkte. Der letztlich tödliche Konstruktionsfehler des Realsozialismus war **jedoch** sein undemokratischer Charakter. Die Einparteienherrschaft schnürte Freiheit und Meinungsstreit ein. Andersdenkende wurden unterdrückt und ausgegrenzt. Die Folgen waren geistige Enge, blockierte Kreativität, wirtschaftliche Ineffizienz, ökologische Rückständigkeit und

Brandenburg wurde Brennpunkt sozialer und politischer Kämpfe

Kurzlebige Neugründung der Mark nach dem Krieg

Industrialisierung und Kollektivierung prägten die Nachkriegsgeschichte

Mit Recht stolz auf die Erfolge des Wiederaufbaus

Konstruktionsfehler des Realsozialismus war der undemokratische Charakter

zunehmende politische Konflikte, die schließlich im Jahre 1989 zum Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems der DDR führten.

Der Neuanfang für das Land Brandenburg

In der friedlichen Revolution von 1989/1990 machten die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs vielfältige Erfahrungen einer unmittelbaren demokratischen Teilhabe, die auch in der Landesverfassung von 1992 ihren Niederschlag finden sollten. Am 3. Oktober 1990 **wurde das Land Brandenburg wiederbegründet** und trat - zusammen mit den anderen neugebildeten Ländern im Osten - der Bundesrepublik Deutschland bei.

Die historischen Entwicklungen im Land Brandenburg werden von den Bürgerinnen und Bürgern in Abhängigkeit von den jeweiligen persönlichen Prägungen und Erfahrungen heutzutage sicher ganz unterschiedlich bewertet und gewichtet. In ihrer Gesamtheit prägen sie jedoch die Identität der Menschen in diesem Land. Unser Leitbild für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg knüpft an dieses Erbe an. Nicht unkritisch, aber auch nicht ohne Stolz.

***Das historische Erbe
kritisch und selbstbewusst
reflektieren***

III. Bilanz seit 1990 – Aufbruch und Stillstand

Das Jahr 1990 brachte Brandenburg einen Neuanfang. Der politische Umbruch hatte für die Menschen dieses Landes sehr unterschiedliche Auswirkungen: Über Nacht gab es **bürgerliche** Freiheit, Bürgerrechte wurden gelebt. Zugleich wurden bisherige **Weltbilder und Lebensentwürfe radikal in Frage gestellt**. **Die Existenzgrundlagen vieler Brandenburger zerbrachen. Das Land erlebte eine nahezu flächendeckende Deindustrialisierung und einen weitgehenden Wechsel der Eliten in Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Kultur.**

Der Neuanfang in eine ungewisse Zukunft setzte ein. Vor allem der Ansporn, eigene Wege zu gehen und das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, brachte das Land wirtschaftlich, kulturell und politisch voran. Recht schnell entwickelte sich eine brandenburgische Identität, die alle Regionen des Landes verbindet.

Die Bilanz seit dem Neustart des Landes Brandenburg fällt widersprüchlich aus. Auf der Habenseite steht nicht wenig. Die Menschen in unserem Land haben hart gearbeitet und vieles erreicht.

- Eine leistungsfähige moderne Infrastruktur. Seit 1990 wurden in Brandenburg alle Infrastrukturbereiche ausgebaut. Seit 1991 wurden 11.000 Straßen- und 5.000 Schienenkilometer erneuert. Das brandenburgische Kommunikationsnetz gehört heute zu den modernsten der Welt.
- Eine vitale Hochschul- und Forschungslandschaft. Mit über 100 wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich in Brandenburg und Berlin entwickelt haben, nimmt unsere Region eine europäische Spitzenstellung ein. Darunter befinden sich allein 15 Hochschulen. Diese Wissenschaftslandschaft bündelt kreative Energien, erzeugt Innovationen und trägt wesentlich zur Weltoffenheit der Region bei.
- Gute Standards in der Kinderbetreuung. Im bundesweiten Vergleich hat das Land ein **recht** hohes Niveau bei der Kindertagesbetreuung. Fast 40 Prozent der Kinder bis drei Jahre haben einen Krippenplatz, nahezu alle Kinder von drei bis sechs Jahren einen Kitaplatz und gut 46 Prozent der sechs- bis 12-Jährigen einen Hortplatz.
- Verbesserte Umweltsituation. Das Land ist lebenswerter und gesünder geworden. Viele Umweltindikatoren entwickeln sich positiv. Die Gewässergüte hat sich verbessert. Erneuerbare Energien werden stärker genutzt und der Flächenverbrauch nimmt ab. **Der ökologische Landbau kommt voran.** Viele **Großschutzgebiete, darunter ein Nationalpark und zwei Biosphärenreservate**, sowie zahlreiche Naturschutzgebiete wurden ausgewiesen. Ausgedehnte Militärbrachen sind für die zivile Nutzung ertüchtigt worden.

1990 - bürgerliche Freiheiten und wirtschaftliche Herausforderungen

Widersprüchliche Bilanz seit dem Neustart:

Durch harte Arbeit wurde vieles erreicht

- Verfall der Innenstädte gestoppt. In vielen brandenburgischen Städten konnten die Stadtkerne mit ihrer kulturhistorisch wertvollen und identitätsstiftenden Bausubstanz durch massive Sanierungsprogramme gerettet werden.

Die Bilanz wird jedoch durch gravierende Fehlleistungen, Misserfolge und Defizite getrübt, **wofür die Landesregierung eine große Verantwortung trägt.**

.... aber Fehlleistungen und politisches Versagen trüben die Bilanz

- Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum. Gemeinsam mit Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gehört Brandenburg seit längerem zu den Ländern mit dem geringsten Wirtschaftswachstum. **Noch zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts hatte Brandenburg das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Ostdeutschland. Inzwischen** hat sich der Rückstand zu Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt immer mehr vergrößert. Verfehlte industriepolitische Schwerpunktsetzungen und fehlgeschlagene Großprojekte der Landesregierung, wie die Chipfabrik in Frankfurt oder der Lausitzring, haben zweifellos zu diesem negativen Trend beigetragen.

- Dauerarbeitslosigkeit als soziales Hauptproblem. Der dramatische Abbau von Arbeitsplätzen zu Beginn der 1990er Jahre konnte bis heute nicht ausgeglichen werden. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahren doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. **Daran hat sich auch durch die jüngste konjunkturelle Belebung am Arbeitsmarkt wenig geändert. Besonders dramatisch ist die Arbeitslosigkeit der unter 25jährigen, weil dies die Tendenz zur Abwanderung verstärkt.** Das Fehlen von Erwerbsmöglichkeiten und beruflichen Perspektiven gehört zu den grundlegenden Schwächen des Landes. Arbeitslosigkeit wirkt als Katalysator vieler sozialer, wirtschaftlicher und politischer Konflikte im Land.

Schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit

- Unterfinanzierung der Bildung. Brandenburg ist seit Jahren Schlusslicht im Ländervergleich der Pro-Kopf-Ausgaben je Schüler ebenso wie für die Hochschulen. Die Bildungsinfrastruktur im gesamten Land wurde ausgedünnt. Diese Entwicklung beeinträchtigt die Lebenschancen der Brandenburger Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten **gravierend**. Die junge Generation muss ihr Glück anderswo suchen. In keinem anderen Bereich klaffen Wort und Tat der Landesregierung so weit auseinander wie in Bildung und Wissenschaft.

Wort und Tat in der Bildungspolitik klaffen weit auseinander

- Angespannte soziale Situation. Die hohe Arbeitslosigkeit trifft in Brandenburg auf eine geringe soziale Absicherung vieler Menschen. Das verfügbare Einkommen, die Spareinlagen und das Wohneigentum liegen in Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt. Einige soziale Schichten trifft dies besonders hart, **insbesondere Kinder in einkommensschwachen Familien**. Unter diesen Umständen wirken sich Einschnitte ins soziale Netz dramatisch aus. Appelle zu mehr Eigenvorsorge gehen somit für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger an der Realität vorbei. Die Lebensqualität vieler Menschen wurde eingeschränkt, deren Fähigkeit zur Selbsthilfe unterminiert.
- Katastrophale Situation der öffentlichen Haushalte. Die Haushaltssituation im Land und in den Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren stetig verschlechtert. Die Verschuldung des Landes ist mittlerweile auf 18 Mrd. Euro gestiegen. Die Abhängigkeit von Transferzahlungen bleibt hoch. Die finanziellen Spielräume für eine Politik, die nicht nur ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben verwalten will, sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem Gestaltungsanspruch betreiben sollte, sind eng. **Die von der Landesregierung durchgesetzten Einschnitte im sozialen Bereich – beim Landespflegegeld für Blinde, Gehörlose und Schwerbehinderte, bei ambulanten sozialen Diensten, bei Frauenzentren, bei Betreuungsvereinen – haben den Landeshaushalt nur wenig entlastet, aber den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft erheblich geschwächt.**

Lebensqualität eingeschränkt, Fähigkeit zur Selbsthilfe unterminiert

Finanzielle Spielräume für nachhaltige Politik sind verbaut

Fazit

Seit Mitte der 1990er Jahre geht es im Land nicht mehr so recht voran. Der Versuch, den Aufbau Ost in Brandenburg als bloße Kopie westdeutscher Modelle zu gestalten, ist gescheitert. Die Landesregierung erzeugt kaum noch Entwicklungsimpulse. Probleme wurden zu spät erkannt, die demographische Entwicklung lange Zeit nicht ernst genommen, finanzielle Spielräume durch fehlgeschlagene Großprojekte verspielt. Sinnvolle Politikansätze wie die „Dezentrale Konzentration“ setzte man nicht konsequent um.

Die seit 1999 im Amt befindliche Koalition verwaltet selbstgenügsam Stillstand und Abbau. Damit kann das Land seine Zukunft nicht gewinnen. Ein Politikwechsel **und Landesumbau** ist nötig. **Nur mittels realer wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen kann Brandenburg gesunden und seine Krise überwinden.**

Ein Politikwechsel ist nötig!

IV. Leitmotive Brandenburger Politik

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen

Kaum ein anderes Bundesland weist so große regionale Unterschiede auf wie Brandenburg. Der Ring um Berlin profitiert von der Wirtschaftskraft und Attraktivität der Metropole. Hier „brummt der Bär“, fast mehr noch als in der Hauptstadt. Hier gibt es Chancen auf Wachstum und Beschäftigung. Im „Speckgürtel“ leben viele Menschen, welche die Arbeits- und Freizeitangebote der Metropole mit den Vorzügen des ruhigen Wohnens im Grünen verbinden. Es ist einer der wenigen Regionen in Deutschland mit steigenden Einwohnerzahlen.

Große Unterschiede in Brandenburg

Aber schon in den hauptstadtfernen Gebieten der Landkreise um Berlin ändert sich das Bild. Wir sehen ländlich geprägte Räume mit ausgeprägten kleinstädtischen und dörflichen Mentalitäten. Diese Züge verstärken sich, je weiter man in die dünn besiedelten Landschaften der Prignitz, der Uckermark oder des Oderbruchs schaut. Hier wird die klassische Erwerbsarbeit zur Mangelware; dafür entsteht umso mehr Raum für alternative Lebensentwürfe. Regionale Zentren wie Frankfurt (Oder), Cottbus oder Brandenburg kämpfen nach dem Verlust ihrer früheren industriellen Basis und damit auch eines erheblichen Teils ihrer Einwohnerschaft um eine neue wirtschaftliche Perspektive und städtische Identität. Die Lausitz wiederum erlebt mit dem Braunkohlentagebau und seinen Folgen, wie sich eine ganze Kulturlandschaft durch Industrialisierung und Rekultivierung verwandelt.

Regionale Vielfalt ist Herausforderung und Chance zugleich

Für die Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist diese regionale Vielfalt eine Herausforderung und Chance zugleich. Gleichwertig bedeutet in unserer komplexen Gesellschaft längst nicht mehr gleichförmig. Der räumlichen Vielfalt an Lebensbedingungen steht eine Vielfalt an individuellen und gemeinschaftlichen Leitbildern und Lebensformen, Bedürfnissen und Interessen, Idealen und Bindungen gegenüber. Großstädte und metropolitane Ballungsräume mit ihrer Angebotsdichte für Arbeit, Freizeit und Kultur bieten andere Vorzüge und Nachteile, als ländlich geprägte Regionen mit ihren Kleinstädten, Dörfern und naturnahen Siedlungen.

Regionale Vielfalt bedeutet auch Vielfalt der Entwicklungspotenziale

Die regionale Vielfalt ist eine Voraussetzung für individuelle Lebensgestaltung. Sie sollte nicht glatt gebügelt, sondern in ihren jeweiligen Vorzügen weiter ausgeprägt werden. Die Vielfalt hat erst dort ihre Grenze, wo der Respekt vor dem Anderen und den Grundwerten des Gemeinwesens beginnt. Der Respekt vor Lebensstil, Glaube, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung gilt überall gleichermaßen, hier darf es keine Freiräume und erst recht keine „national befreiten“ Räume geben.

Chancen für individuelle Lebensgestaltung in vielfältigen Regionen

Gleichwertige Lebensverhältnisse bleiben Ziel der Landesentwicklung

Gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie die brandenburgische Landesverfassung im Artikel 44 vorsieht, bleiben das übergeordnete Ziel der Landesentwicklung. **Daran darf nicht gerüttelt werden. Auch angesichts großer regionaler Unterschiede, vielfältiger Problemlagen und begrenzter finanzieller Ressourcen haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger ein Recht auf einen Grundkanon öffentlicher Leistungen, der eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall im Land herstellt.**

Die Grundrechte und Staatsziele der Brandenburgischen Verfassung wie Strukturförderung, soziale Sicherung, Wohnung und Arbeit gelten im ganzen Land. Es kann nicht sein, dass ganze Regionen zugunsten einer Metropolenregion um Berlin abgeschrieben werden. Eine landesweite **Verteilung** von starken Zentren, die als wirtschaftliche Lokomotiven, öffentliche Dienstleister, kulturelle Mittelpunkte und soziale Versorger für ihre Regionen dienen, ist **in** Brandenburg unverzichtbar.

Daher halten wir die landesplanerische Grundidee, regionale Zentren zu fördern, weiterhin für zielführend. Bislang fehlte es an politischem Willen bei der Zuteilung der Ressourcen und Kompetenzen. Durch konsequente Prioritätensetzungen in der Landesplanung und Förderpolitik sowie bei öffentlichen Investitionen und Funktionsansiedlungen sollen Leistungsfähigkeit und Attraktivität der zentralen Orte **in den Regionen** wieder gestärkt werden.

Regionale Vielfalt erfordert innovative Ansätze

Unser Hauptkriterium für die öffentliche Daseinsvorsorge ist der gleichberechtigte und kostengünstige Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen, die in hoher Qualität flächendeckend, verlässlich und dauerhaft vorzuhalten sind.

Unterschiedliche Regionen brauchen maßgeschneiderte Konzepte, die auf die jeweiligen örtlichen Bedingungen abgestimmt sind. Solche Konzepte entstehen am Besten in den Regionen selbst und nicht in der Landesregierung. Wir setzen gelebte Subsidiarität und Autonomie gegen zentralistischen Dirigismus aus Potsdam. Auf jeden Fall sollten die Planungs- und Koordinierungskompetenzen der Städte und Gemeinden bei konsequenter Arbeitsteilung mit den Landkreisen und Planungsgemeinschaften gestärkt werden. Dabei kann die interkommunale Kooperation zu neuen regionalen Strukturen führen, die auch eine neue funktional definierte Territorialität in Brandenburg begründen.

In immer dünner besiedelten Räumen wird eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse künftig nur noch dann gewährleistet werden können, wenn für die Verwaltung und Versorgung neue Strukturen und Verfahren gefunden werden, die flexibel auf die jeweiligen örtlichen Erforder-

Grundrechte und Staatsziele der Verfassung gelten im ganzen Land!

Starke regionale Zentren sind unverzichtbar

Kompetenzen der Städte und Gemeinden stärken

Maßgeschneiderte Konzepte für jede Region

Mehr lokale Autonomie und Demokratie

nisse eingestellt werden können. Hier eröffnet sich ein großes Experimentierfeld für mehr Demokratie durch selbstbestimmtes und selbst verantwortetes lokales Handeln, wofür die nötigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen sind. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen zu den Akteuren vor Ort bedeutet **aber** nicht, dass sich der Staat in dünn besiedelten Räumen aus seiner Verantwortung stiehlt.

Kein Rückzug des Staates

2. Demokratische Teilhabe - Schlüssel für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen

Politische Teilhabe ist Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Sie ist eine enorme soziale Ressource, die integrierend und mobilisierend auf das Gemeinwesen wirkt. Ein demokratisch verfasstes Brandenburg lebt von der selbstbewussten, kompetenten und eigenverantwortlichen Teilnahme aller an den politischen Prozessen.

Unsere Demokratie lebt von kompetenter und eigenverantwortlicher Teilhabe aller

Dazu bedarf es einer Bürgergesellschaft, die lokal, regional und landesweit verankert ist. Die Bürgergesellschaft ist ein Ort der Solidarität und Gleichheit. Wir stellen uns damit auch gegen eine neoliberale Logik des Ausschlusses, die unter dem Schlagwort der Effizienz demokratische Mitgestaltung an der Politik als antiquiert verteufelt.

Voraussetzungen für die demokratische Teilhabe

Die Akteure, seien es die einzelnen Bürgerinnen und Bürger oder die Kommunen, Interessengruppen, Verbände und Parteien benötigen Gestaltungspotentiale und Gestaltungsräume. Um politisch aktiv zu sein und seine bürgerschaftliche Verantwortung wahrzunehmen, braucht *man* und *frau* ein solides materielles Fundament und frei verfügbare Zeit. Für Viele in unserer Gesellschaft sind beide Ressourcen knapper geworden, das betrifft den arbeitssuchenden Erwerbslosen ebenso wie den gestressten Jungunternehmer. Auch kennt so mancher seine politischen Mitwirkungsrechte nicht, sei es bei der Einsicht in Akten eines Landesministeriums oder in der Einwohnerfragestunde seiner Gemeindevertretung.

Teilhabe braucht ein materielles Fundament und verfügbare Zeit

Kommunen, die finanziell gerade die Pflichtaufgaben abdecken, sind nicht zu politischem Handeln fähig. Ministerielle Zuwendungen und Förderbescheide werden zu Instrumenten eines technokratischen Zentralismus, der eigenverantwortliches Handeln erstickt. Dann verwandeln sich selbstbestimmte Akteure in verwaltete Einheiten. Zugleich erleben wir, dass wirtschaftlich potente Interessengruppen ihre politischen Ziele immer mehr an den Institutionen der repräsentativen Demokratie vorbei lancieren. Dies alles ist eine Herausforderung für die Funktionsfähigkeit und Legitimität unserer Demokratie.

Demokratische Teilhabe **für alle** benötigt einen Staat, der rechtliche Rahmenbedingungen setzt, die Menschen zur Mitbestimmung einlädt und die Chancengleichheit unterschiedlich starker Akteure wahrt. Demokratie braucht verlässliche Institutionen, in denen selbstbestimmte politi-

sche Akteure ihre Interessen im offenen Wettbewerb wahrnehmen: vom Ortsteil über die Gemeinde, dem Landkreis, die kreisfreie Stadt bis hin zur Landesebene. Dies ist Voraussetzung für jede lebendige und handlungsfähige Bürgergesellschaft. Die demokratische Qualität des Staates wird auch in Brandenburg daran gemessen, wie gut diese Voraussetzungen geschaffen und gepflegt werden.

Mehr Demokratie wagen

Demokratische Teilhabe erfolgt in modernen und differenzierten Gesellschaften in verschiedenen Formen. Der Bürgergesellschaft stehen hierfür Wege der repräsentativen und direkten Teilhabe zur Verfügung. Demokratie als Grundprinzip gesellschaftlicher Willensbildung findet im Parlament wie außerhalb des Parlaments statt. **Stärkung des Parlaments und Ausbau der plebiszitären Instrumente sind keine Gegensätze. Sicherlich ist dieses Verhältnis nicht spannungsfrei, jedoch entspringt aus dieser produktiven Spannung ein Mehr an Demokratie in Brandenburg.**

Nach den bisherigen Erfahrungen in Brandenburg sollte das Parlament gegenüber der Exekutive gestärkt werden. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, wie größere Informations- und Kontrollrechte sowie eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung das Parlament gegenüber der mächtigen Ministerialbürokratie zu einem wirklich gleichgewichtigen Akteur machen. **Für die vorhandenen Formen der direkten Demokratie sollten die Hürden niedriger und die Regularien einfacher werden.**

Ein **weiterer** Weg zu mehr Demokratie besteht darin, die Entscheidungen näher an die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu verlagern, **in der Endkonsequenz in die Städte und Gemeinden. Sie brauchen klare Kompetenzzuweisungen, eine konsequent arbeitsteilige Verwaltung ohne Doppelstrukturen und eine ausreichende Finanzausstattung, um im Rahmen ihrer Kompetenzen wirklich eigenständig handeln zu können.** Lokale Fragen sollen im Grundsatz vor Ort entschieden, umgesetzt und finanziert werden. Das Geld für den neuen Fahrradweg muss nicht über die x`te Förderschiene kommen. Es kann auch gleich im örtlichen Haushalt angesiedelt und nach verantwortungsvoller Abwägung der lokalen Handlungsprioritäten bewilligt werden.

Auch auf lokaler Ebene führt der Weg zu mehr Demokratie zu allererst über die Stärkung der gewählten Vertretungen. Je größer die lokalen Handlungsmöglichkeiten werden, desto mehr macht es wieder Sinn und Spaß, sich in der lokalen Politik zu engagieren, was wiederum die personelle Kompetenz und Qualität der Volksvertreter verbessert. Neue Formen direkter Teilhabe, wie zum Beispiel die Bürgerhaushalte, sollten auch in Brandenburg stärkere Verbreitung finden. Integriert in die repräsentativen Strukturen stärken sie ebenfalls die lokale Demokratie.

Demokratie braucht verlässliche Institutionen und offenen Wettbewerb

Parlament gegenüber der Regierung stärken

Lokale Fragen vor Ort entscheiden, Kompetenzen und Finanzen gehören zusammen

Gewählte Vertretungen stärken: Mehr Kompetenz für kompetentere Entscheider!

Unser Leben wird zu großen Teilen durch wirtschaftliche Zusammenhänge bestimmt. Umso wichtiger ist es, die demokratischen Instrumente im Wirtschaftsleben weiter zu entwickeln. Die betriebliche Mitbestimmung muss gemeinsam mit den Gewerkschaften erhalten und vertieft werden. Angesichts der Realitäten in den vielen kleinen und mittleren Unternehmen hierzulande brauchen wir auch neue Formen der Teilhabe an den innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen. Gemeinschaftliche und genossenschaftliche Eigentumsformen sollten besser gefördert und gesetzlich geregelt werden. Gerade in innovativen Branchen mit neuartigen Organisationsstrukturen besteht hier ein Nachholbedarf.

Teilhabe am Wirtschaftsleben: Mitbestimmung erhalten, neue Formen finden

Ausweitung der demokratischen Teilhabe soll nicht auf Erwachsene beschränkt bleiben. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und Kinderarmut ist es an der Zeit, mehr für die Teilhabe der heranwachsenden Generationen am gesellschaftlichen Leben zu tun. Das bedeutet zunächst einen unkomplizierten und materiell gesicherten Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und Sport. Kinder- und Jugendparlamente sowie andere Formen der Mitbestimmung sind Foren, in denen die Heranwachsenden ihre Interessen zum Ausdruck bringen und demokratische politische Kultur einüben. Diese demokratischen Foren müssen dann auch mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein, es geht um mehr als nur um mitreden.

Heranwachsende Generation einbeziehen und für Demokratie begeistern

Mehr Demokratie wagen bedeutet auch Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten der sprachlichen und kulturellen Minderheiten, egal ob sie seit Jahrhunderten hier leben, so wie die Sorben (Wenden) sowie die Sinti und Roma, oder erst in den letzten Jahrzehnten Brandenburger wurden. Sie alle müssen das Recht haben, nicht nur die sie betreffenden Angelegenheiten diskutieren, sondern auch in stärkerem Maße als heute entscheiden zu können.

Mehr Gestaltungsmöglichkeiten für sprachliche und kulturelle Minderheiten

Dringend notwendig ist eine Ausweitung der demokratischen Teilhabe auf der europäischen Ebene. Die Europäische Union steckt auch für die Politik in Brandenburg den Rahmen ab, sei es durch rechtliche Regelungen oder durch Fördermittel. Große Bereiche unserer Wirtschafts- und Rechtsordnung werden in Brüssel bestimmt. Mit der weiteren Europäisierung der Politik wird sich dieser Trend noch verstärken.

Demokratische Teilhabe auf europäischer Ebene wirksamer wahrnehmen

Deshalb müssen auch in Brandenburg endlich jene Instrumente greifen, die von Parlamenten und Regierungen anderer deutscher Länder genutzt werden, um auf die europäische Willensbildung einzuwirken und die demokratische Kontrolle innerhalb der EU zu stärken.

3. Arbeit für ein Leben in Würde

Technologische Innovation, Automatisierung und Rationalisierung versetzen die Wirtschaft in die Lage, immer mehr materielle und immaterielle Güter mit einem immer geringer werdenden Aufwand an Arbeit zu erzeugen. Eigentlich bestehen damit die Voraussetzungen für eine Gesellschaft, in der Wohlstand und Freiheit zu Allgemeingütern werden. Die Arbeitszeit könnte sukzessive verringert werden, um mehr Raum für Bildung und Gesundheit, Freizeit und Familie zu gewinnen.

Die heutige Realität sieht anders aus. Nach der herrschenden neoliberalen Logik gilt der Mensch mit seiner Arbeitskraft als ein Rohstoff im Wirtschaftsmechanismus, der immer häufiger angeboten und immer seltener nachgefragt wird. **Das führt zu Preisverfall. Der Niedriglohnbereich, wo auch Vollzeitarbeit kein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet, wächst immer weiter. Wachsender Existenzdruck bewirkt, dass die realen Löhne und Gehälter in den meisten Branchen stagnieren, während die Arbeitszeit wieder länger wird.**

Arbeit hat Priorität – Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen!

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit steht die Schaffung von Arbeitsplätzen in Brandenburg an oberster Stelle. Im Unterschied zum neoliberalen Denkmuster geht es uns aber nicht um Arbeit zu jedem Preis. **Ein Erwerbseinkommen muss ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Aus diesem Grund brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn.**

Ebenso wichtig ist, dass Arbeitsverhältnisse, welche die Würde und Privatsphäre der Beschäftigten verletzen, juristisch und gesellschaftlich geächtet werden. **Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutzbestimmungen dürfen nicht der Deregulierung zum Opfer fallen. Verletzungen der Menschenwürde im Arbeitsleben sollten ebenso ernst genommen werden, wie politische Menschenrechtsverletzungen.**

Flexibilität im Arbeitsleben, aber nicht gegen Arbeitnehmerinteressen

Das moderne Wirtschaftsleben erfordert volles Engagement und hohe Flexibilität, **inklusive der Bereitschaft** zu kontinuierlicher Weiterbildung, räumlichen Wechseln und Überstunden. **Die Politik sollte Regelungen für mehr Flexibilität unterstützen, die nicht auf Kosten von Arbeitnehmerinteressen und Mitbestimmungsrechten gehen. Ebenso muss verhindert werden, dass reguläre tarifliche Arbeit durch zweitklassige und prekäre Erwerbsverhältnisse verdrängt wird, in denen die Arbeitnehmer alle Risiken tragen und dafür auch noch schlechter vergütet werden und weit weniger Rechte haben.**

Neue Chancen für ein befriedigendes und familienfreundliches Arbeitsleben ...

... aber heute wird die Arbeitswelt von sinkenden Löhnen und längerer Arbeitszeit bestimmt

Erwerbseinkommen muss menschenwürdiges Leben ermöglichen!

Flexibilität nicht auf Kosten der Arbeitnehmer und ihrer Rechte

Das Problem prekärer Beschäftigung betrifft bei weitem nicht nur Ungelernte, sondern zunehmend auch hoch qualifizierte Berufseinsteiger mit akademischen Abschlüssen, die durch un- oder gering bezahlte Praktika oder Teilzeitvergütung bei faktisch ganztägiger Arbeit geradezu sittenwidrig behandelt werden. Dieses Problem muss endlich auf die politische Tagesordnung gesetzt werden.

Rechte für Berufseinsteiger garantieren - unbezahlte Arbeit skandalisieren

Brandenburg soll kein Billiglohnland bleiben. **Es hat sich europaweit erwiesen, dass niedrige Löhne keineswegs zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen. Europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit bedarf sozialer Standards, wie eines bundesweiten Existenz sichernden Mindestlohnes.**

Teilhabe am Wirtschaftsleben: Chancengleichheit und Solidarität

Eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik beginnt nicht erst bei der Verwaltung von Arbeitslosigkeit. „Hartz IV“ liegt nicht im Zentrum, sondern am Ende einer verfehlten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Das Hauptaugenmerk verantwortlicher Arbeitsmarktpolitik ist auf die gerechte Teilhabe der Menschen am Wirtschaftsprozess gerichtet.

Gerechte Teilhabe am Wirtschaftsleben steht im Mittelpunkt

Teilhabe bedeutet zunächst, „dabei zu sein“, also im Erwerbsleben fest integriert zu sein. Teilhabe bedeutet, mitgestalten zu können, die eigenen Interessen wirkungsvoll einbringen zu können und eine gerechte Vergütung der eingebrachten Leistungen zu erhalten. Ein solches Leitbild kann in der Praxis ganz unterschiedlich ausgeformt werden, von fest institutionalisierten Arbeits- und Mitbestimmungsverhältnissen bei BASF in Schwarzheide über stark personalisierte und quasi-partnerschaftliche Verhältnisse in den vielen Klein- und Kleinstunternehmen bis hin zur alternativen selbst bestimmten ländlichen Existenz in der Uckermark.

Teilnahme heißt mitgestalten und mitgewinnen

Je mehr Teilhabe an Gestaltung und Gewinn im Wirtschaftsleben durchgesetzt werden kann, je weniger Menschen aus dem Erwerbsleben ausgestoßen werden, desto weniger werden die sozialen Sicherungssysteme unseres Gemeinwesens belastet. Für eine solche Trendwende müssen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden. **Das gelingt nur, wenn zugleich ein Wandel der gesellschaftlichen Leitbilder zur Arbeitswelt eintritt, wozu alle Wirtschaftsakteure beitragen müssen. Gemeinsam mit starken Gewerkschaften können wir dies erreichen.**

.... und dies kann in vielfältigen Formen geschehen

Für eine bessere Arbeitswelt brauchen wir starke Gewerkschaften!

Öffentlich geförderte Beschäftigung für Brandenburg

Angesichts des Rückgangs der **existenzsichernden** privatwirtschaftlichen Erwerbsarbeit wird die allgemeine Teilhabe am Wirtschaftsleben eine immer wichtigere öffentliche Aufgabe. Das bedeutet nicht mehr staatliche Verwaltung, sondern mehr selbstbestimmte soziale Organisation. **Öffentlich geförderte Beschäftigung** kann Angebote für sinnstiftende und existenzsichernde Tätigkeiten eröffnen, die auf dem Markt nicht gehandelt werden, aber für die Sicherung unserer Zukunft unerlässlich sind. Hierzu gehören nicht nur solche Aufgaben wie Bildung und

Öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigung ist Zukunftssicherung

Kultur, die jeden Einzelnen mit allem Notwendigen für eine aktive Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ausrüsten sollen, sondern das gesamte Spektrum an gemeinnützigen Arbeiten.

Ein solcher öffentlicher Beschäftigungssektor darf nicht zu einem weiteren Notnagel auf dem „Zweiten Arbeitsmarkt“ verkommen, der für kurze Zeit schlecht bezahlte Arbeit bringt und ansonsten als staatlich subventionierte Konkurrenz gegenüber der Privatwirtschaft funktioniert, dort betriebliche Existenzen vernichtet und die Lohnspirale weiter in den Abgrund führt. Sein Tätigkeitsbereich soll auf gesellschaftliche Aufgaben begrenzt sein, Finanzierung und Agieren erfordern höchste Transparenz.

Arbeitslose nicht diskriminieren, sondern unterstützen

Die meisten Erwerbslosen sind unverschuldet ohne Arbeit. Manchen fehlen grundlegende Kompetenzen für die heutige Arbeitswelt. Einige folgen Lebensentwürfen außerhalb der Erwerbsarbeit.

Wir treten für eine solidarische Gesellschaft und Politik ein, die Arbeitslose nicht diffamiert und zur bevorzugten Zielscheibe von Sozialneid werden lässt. Brandenburg braucht keinen Ausbau der staatlichen Arbeitslosenverwaltung zu einer bürokratischen Maschinerie, die ihre Kraft auf die soziale Kontrolle von Zuwendungsempfängern konzentriert.

Allen Erwerbslosen soll eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung zur Verfügung stehen, die eine menschenwürdige Existenz hierzulande erlaubt. **Die Verbreitung von Niedriglöhnen weit unter dem Existenzminimum darf nicht mit einer weiteren Absenkung der Arbeitslosenbezüge beantwortet werden.** Notwendig ist eine kritische Durchsicht und Erneuerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung statt Hartz IV

Der Teufelskreis von Arbeitslosigkeit, Fortbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und zurück in die Arbeitslosigkeit muss durchbrochen werden. Auf Maßnahmen, welche die Statistik schönen, aber die Arbeitslosigkeit nur kurz unterbrechen und nicht auf den regulären Arbeitsmarkt zurückführen, kann man verzichten. **Durch innovative Verbindung von aktiven und passiven Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik können reguläre und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.**

Innovative arbeitsmarktpolitische Instrumente für mehr reguläre Beschäftigung

Fortbildungsangebote gehören in der Wissensgesellschaft zur Grundausstattung aktiver Arbeitsmarktpolitik. Die Vermittlung fachlicher und sozialer Kompetenzen ist noch immer das wirksamste Instrument, um Arbeitslosen den Weg in eine dauerhafte Beschäftigung zu ebnen. Zugleich kann durch qualitativ hochwertige Berufsbildungsgänge und intensive berufliche Weiterbildung dem prognostizierten Fachkräftemangel begegnet werden.

Fortbildung gehört zur Grundausstattung aktiver Arbeitsmarktpolitik

4. Die ökologische Herausforderung als Chance

Das Land Brandenburg ist reich an Natur. Seen und Flüsse, Gärten und Parks, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturparks und Bioreservate prägen das Image unserer Heimat und machen es für Einheimische wie Zugereiste gleichermaßen lebenswert. Naturschutz ist ein Wert an sich. **Gleichzeitig stellen sich die Großschutzgebiete als Modellregionen für nachhaltige und naturverträgliche Entwicklung dar.**

Naturschutz ist ein Wert an sich

Die globalen klimatischen Veränderungen machen keinen Bogen um Brandenburg. Witterungsextreme mit Wassermangel und Trockenheit aber auch Hochwasser und Überflutung sind Herausforderungen, denen unser Land gegenüber steht. Für manche Landstriche werden sogar Verödung und Versteppung prognostiziert.

Herausforderungen durch Witterungsextreme

Die heutigen Strategien bewegen sich im Spannungsfeld von ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlichem Kalkül und sozialer Verträglichkeit. Dabei liegen Risiken und Chancen für das Land und seine Menschen sehr eng beieinander. Durch die Renaturierung der erschöpften Tagebauflächen entstehen neue Kulturlandschaften, andererseits soll der Braunkohlenbergbau in der Lausitz bis mindestens 2050 fortgesetzt werden. Windkraft deckt einen wachsenden Teil des Energiebedarfs, aber der wirtschaftliche Gewinn bleibt größtenteils nicht im Land. Die Agrarwirtschaft produziert immer größere Mengen an nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern, aber es wächst die Gefahr von Monokulturen, die das ökologische Gleichgewicht unterminieren.

Im Spannungsfeld von ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlichem Kalkül und sozialer Verträglichkeit

Globale Herausforderung erfordert ganzheitliches Handeln

Die Politik steht vor einer sehr komplexen Herausforderung. Alarmismus und Aktionismus sind dabei sicherlich nicht die geeigneten Antworten. Hierfür braucht es einen langen Atem, der über Legislaturperioden hinausreicht. Gefordert sind ein ganzheitliches Herangehen und originelle Lösungsansätze im Einzelnen. Dabei darf die soziale Dimension nicht aus den Augen verloren gehen.

Ökologische Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung

Klimawandel und CO₂-Emissionen stehen in enger Verbindung. Die Grenzen der konventionellen Energieversorgung werden von der Belastbarkeit der Umwelt und des Klimas bestimmt. In den kommenden Jahrzehnten müssen fossile Energieträger und Grundstoffe in wachsendem Maße durch ökologisch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe ersetzt werden.

Klimawandel und zukunftsfähige Energien

Aus heutiger Sicht wird Brandenburg bis 2010 sein klimapolitisches Ziel nicht erreichen. Der CO₂-Ausstoß wird auf etwa 64 Mio. Tonnen ansteigen. Den wirksamsten klimapolitischen Beitrag kann unser Land leisten, wenn es die Verstromung der

Braunkohle beendet, die für den Hauptanteil des freigesetzten Kohlendioxids verantwortlich ist. Daher treten wir für den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ein. Notwendige Übergangsstrategien müssen die Umweltverträglichkeit der Braunkohleverstromung verbessern sowie wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Zeit nach der Braunkohle eröffnen. Dafür sollte die Zusammenarbeit mit Sachsen verstärkt werden.

Land voller Energien

Die Energiepolitik in Brandenburg muss sich nicht nur auf steigende Energieeffizienz und Energieeinsparung orientieren, sondern in erster Linie auf den wachsenden Einsatz erneuerbarer Energien ausgerichtet sein. Damit können Braunkohle und andere fossile Energieträger schließlich ersetzt werden. Wir setzen auf einen ökologischen Mix aus Wind, Bioenergie, Geothermie und Solarenergie.

*Einsatz erneuerbarer
Energien ausbauen*

Hierfür gibt es einige gute Voraussetzungen. Bei der Produktion von Biokraftstoffen gehört Brandenburg zu den führenden Herstellern in Europa. Mit den Werken in Schwedt, Schwarzeiche, Oranienburg, Kyritz, Falkenhagen und Wittenberge weist Brandenburg die größte Biodiesel-Produktionskapazität in Europa auf. Die Uckermark ist Spitzenreiter bei der Produktion von Strom aus Windkraft in Deutschland. Hier wird fünfmal soviel Energie produziert, wie im Landkreis verbraucht wird. Frankfurt (Oder) und Prenzlau sind zu Zentren der Produktion von Solaranlagen geworden. Faktisch können alle Regionen in Brandenburg zu den Gewinnern der ökologischen Modernisierung gehören, wenn die erneuerbaren Energien in heute schon möglichem Maße zur Energieversorgung eingesetzt werden.

Heute sind wir von einem wirtschaftlich wie ökologisch zukunftsfähigen Energiemix noch ein ganzes Stück entfernt. Die Investoren sind überwiegend nicht regional verankert. Technologien und Technik wurden bislang überwiegend von außen bezogen. Daher blieben die Beschäftigungseffekte durch alternative Energieproduktion gering. Privat wie gewerblich werden Biokraftstoffe vor Ort nur geringfügig genutzt, entsprechend fehlt ein regionales Selbstverständnis über die eigene Stärke. Die ökologischen Risiken der massenhaften Produktion und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe setzen diesem Potenzial für die Energieproduktion auch wieder Grenzen.

*Für einen ökologisch
zukunftsfähigen Energiemix*

Dabei verfügt das Land über ein umfangreiches wissenschaftliches Innovationspotenzial. In Brandenburg gibt es 14 Forschungsinstitute, die zum Thema erneuerbarer Energien forschen. Hier muss angesetzt werden, um Brandenburg zu einem Spitzenreiter in dieser Zukunftsbranche zu machen.

Ökologie als Entwicklungspotenzial aktivieren

Natürlich bietet die ökologische Herausforderung auch vielfältige Entwicklungschancen. Ökologisches Handeln kann als Triebfeder für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung dienen. Durch die „Wieder-in-Wert-Setzung“ der erschöpften Lausitzer Braunkohlereviere entstanden nicht nur wertvolle Kulturlandschaften, sondern auch Räume mit hoher touristischer Attraktivität. Neue Branchen siedeln sich an; darüber hinaus entstehen Bildungs- und Forschungskapazitäten von überregionaler Ausstrahlung. In den ländlichen Regionen können private Haushalte und Betriebe mit kleinteiligen oder gar individuellen Ver- und Entsorgungskreisläufen dem „Nullverbrauch“ an Ressourcen nahe kommen.

Die attraktiven Landschaften von Brandenburg bieten ein großes Potenzial für naturverträglichen Tourismus. Auf der Tagesordnung steht die thematische und räumliche Vernetzung der touristischen Angebote, etwa beim Ausbau des Rad- und Wassertourismus. Besonders perspektivreich ist die Verknüpfung von Natur- und Kulturtourismus. Die Internationale Bauausstellung „Fürst-Pückler-Land“ zeigt beispielhaft, wie kreativ die Symbiose von Industriekultur, Alltagsleben und Wiederherstellung von Landschaftsräumen gelingen kann.

Für einen konsequenten ökologischen Strukturwandel muss die Landespolitik jedoch klare Signale setzen, Ressourcen bündeln und Spielräume für Eigeninitiative schaffen. Individuelle und lokale Initiativen für eigenständige ökologische Lösungen sollten durch rechtliche Rahmensetzungen und materielle Anreize deutlich stärker unterstützt werden.

Der ökologische Umbau ließe sich durch verstärkte Aufforstungsinitiativen wirkungsvoll vorantreiben. Wirtschaftlich nicht genutzte Ödlandschaften und Stilllegungsflächen würden so naturnah genutzt werden. Daraus resultieren positive Umwelt- und Beschäftigungseffekte und eine Stärkung des Angebots an nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern. Bei der Baumartenwahl sollen die prognostizierten klimatischen Veränderungen berücksichtigt werden. Das gilt auch bei der Fortsetzung des Waldumbaus mit dem Ziel, die Stabilität der Wälder zu verbessern und die Erfüllung der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion zu sichern.

Alle Regionen werden Gewinner der ökologischen Modernisierung

Landesweites Waldumbauprogramm als Schlüsselprojekt

5. Den demografischen Wandel gestalten

Seitdem die Welle der Suburbanisierung aus Berlin zu Beginn dieses Jahrzehnts verebbt ist, sinken in Brandenburg die Einwohnerzahlen. Im Jahr 2005 zählte das Land knapp 2,6 Mio. Einwohner. Im Jahr 2030 werden es nach den jüngsten Prognosen noch 2,2 Mio. Menschen sein, die hier leben. Verursacht wird diese Entwicklung durch sinkende Gebur-

Problematisch ist nicht der Einwohnenschwund...

tenzahlen und den Mangel an Erwerbsmöglichkeiten, der gerade die Jüngeren dazu bewegt, ihr Glück anderswo zu suchen.

...sondern Geschwindigkeit, räumlichen Disparitäten und sozialer Wandel der demografischen Entwicklung

Problematisch ist nicht der Einwohnerschwund an sich. Das Phänomen ist weltweit in vielen entwickelten Gesellschaften zu beobachten. Problematisch ist die Geschwindigkeit dieser Entwicklung. Problematisch sind die räumlichen Disparitäten und die altersstrukturellen Verschiebungen. Problematisch ist vor allem der damit einhergehende soziale Wandel mit seinen weitreichenden Konsequenzen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und die Anforderungen an die Politik.

Räumliche Disparitäten ausgleichen

Während die Einwohnerzahl im „engeren Verflechtungsraum“ um Berlin in den kommenden Jahrzehnten wahrscheinlich stabil bleibt, werden die Gemeinden im „äußeren Entwicklungsraum“ weiterhin rapide Einwohnerverluste erleiden. Bereits in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten hatten die Einwohnerverluste in vielen Städten eine Größenordnung von 20 Prozent und mehr angenommen, was statistisch oftmals nur durch großzügige Eingemeindungen überdeckt wurde.

Dramatisch wird die Situation in den großen ländlich geprägten und immer dünner besiedelten Regionen. Schon heute sind existentielle Versorgungsleistungen wie Einkaufsladen, Kindergarten, Schule, Arzt und Apotheke nicht mehr flächendeckend am Wohnort gesichert. Die Maschen im räumlichen Versorgungsnetz werden größer.

Ein Ausweg ist, die zentralen Orte in den Regionen zu stärken und darüber hinaus eine maßgeschneiderte Verteilung von sozialer Infrastruktur, Versorgung und Dienstleistungen nach Maßgabe der vorhandenen Kapazitäten. Wir wollen und dürfen diese Kapazitäten der Orte in einer Region – hier das neue Krankenhaus, dort das sanierte Oberstufenzentrum – nicht gegeneinander ausspielen. Sie müssen für den gemeinsamen Einzugsbereich genutzt werden. Voraussetzung dafür ist ein Verkehrssystem, das allen Nutzern den Zugang zu den zentralisierten Leistungen in einem vertretbaren Zeitaufwand ermöglicht. **Dazu gehören Bahnangebote in der Fläche, eine DB AG im öffentlichen Eigentum, ein starker bedarfsorientierter öffentlicher Personennahverkehr mit Bussen und Bahnen einschließlich Alternativangeboten und ein sicherer Schülerverkehr. Die Verkehrsleistungen gehören zur Daseinsvorsorge und sind damit eine öffentliche Aufgabe.**

Zentrale Orte in den Regionen stärken

Ein innovativer Ansatz besteht darin, die erforderlichen öffentlichen Leistungen über mobilen Service und digitale Medien direkt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen. Im Bereich von Gesundheit und Pflege können mobile Dienste wieder ein sehr engmaschiges Versorgungsnetz herstellen. In der Kinderbetreuung und Grundschulbildung muss es mehr Raum für unkonventionelle Formen geben. Verwaltungsvorgänge können noch konsequenter über die digitalen Medien abgewickelt werden,

Öffentlichen Leistungen über mobilen Service und digitale Medien zu den Bürgern bringen

also direkt von zu Hause ins Amt und zurück. Aber auch in diesem Bereich werden mobile Dienste nötig werden, speziell angesichts der wachsenden Zahl älterer bzw. sehr alter Menschen. **Voraussetzung für den Erfolg all dieser Ansätze ist, dass die Akteure vor Ort die Handlungsfreiheit bekommen, mit ihren eigenen Stärken die eigenen Probleme zu lösen.**

Anforderungen einer alternden Gesellschaft

Die Menschen in Brandenburg werden zwar weniger, aber immer älter. Im Jahr 1990 hatte die Altersgruppe über 65 Jahre einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 12 Prozent. Heute sind es 17 Prozent und im Jahr 2020 werden es bereits 25 Prozent sein. Dabei geht es nicht nur um relative Verschiebungen. Mit dem Vorrücken der starken Nachkriegsgeneration ins Rentenalter wird auch die absolute Zahl der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger wachsen.

Unsere Gesellschaft muss sich darauf einstellen, dass die Bedürfnisse und Probleme älterer Menschen einen höheren Stellenwert erhalten, um ein Altern in Würde zu sichern. Das gilt auch für die Bestimmung politischer Prioritäten. Ein Handlungsschwerpunkt muss sein, den Wohnungs- und Städtebau stärker auf die Lebensumstände von Senioren auszurichten. Das reicht vom altengerechten Wohnen bis zur barrierefreien Stadt. Senioren wollen mobil bleiben. Der öffentliche Personennahverkehr muss auf diesen Mobilitätsbedarf eingerichtet sein. Das Netz von Pflege- und Betreuungseinrichtungen für Ältere ist auszubauen.

Ältere Menschen wollen vor allem in der Gesellschaft integriert bleiben. Senioreneinrichtungen mit breiten Angeboten für soziale Kontakte sind notwendig, aber nicht hinreichend. Für die immer länger werdende Zeit nach dem Ende der regulären Erwerbstätigkeit müssen neue Formen sinnstiftender und gesellschaftlich anerkannter Tätigkeit gefunden werden, was zu einem erfüllten Leben dazugehört. Das Engagement Älterer für gemeinnützige Zwecke sollte gezielter gefördert werden, vor allem durch Investitionen in geeignete Projekte und Organisationsformen.

Demografische Balance und soziales Gleichgewicht

Nachhaltige Entwicklung braucht eine demographische Balance von alt und jung, Innovation und Tradition, Risiko und Sicherheit, Spontaneität und Erfahrung. Der demographische Wandel ist kein Zahlenspiel, sondern hat tief greifende soziale Konsequenzen. Die Generation des „Wendeknicks“ ist in Brandenburg nur noch halb so stark wie ihre Elterngeneration. Wenn sie in den kommenden Jahren in das Alter kommt, wo Familien gegründet und Kinder geboren werden, wird es noch weit weniger Geburten geben, als bislang. Kinder werden dann zu einer Randgruppe in der Gesellschaft, Familien zu einer von vielen wählbaren sozialen Existenzformen. Ihre Belange und Interessen werden es immer schwerer haben, sich durchzusetzen.

Parallel dazu basieren unsere sozialen Sicherungssysteme und speziell die Altersversorgung auf einem Generationenvertrag. Die gesetzlichen

Wohnungs- und Städtebau müssen stärker auf die Lebensumstände von Senioren ausgerichtet werden

Neue Formen sinnstiftender Tätigkeit für ältere Menschen

Demografischer Wandel ist kein Zahlenspiel...

...sondern hat soziale Konsequenzen

Generationen nicht gegeneinander ausspielen

Altersrenten entstehen nicht durch Ansparen, sondern werden durch die Beiträge der Erwerbsgeneration finanziert. Heute finanzieren noch fünf Beitragszahler eine Rente, im Jahr 2050 wären es nach dem heutigen Trend nur noch zwei. Ohne Systemveränderungen wird die Altersversorgung nicht zukunftsfähig sein. **Jedoch dürfen die Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden.**

Eine Privatisierung jedoch, welche die Altersversorgung zum Spielball der internationalen Finanzmärkte werden lässt, wird nach den Erfahrungen aus anderen Ländern der Altersarmut Tür und Tor öffnen. Wir brauchen auch künftig die solidarische Altersversorgung, die auf Generationengerechtigkeit basiert. **Dies schließt auch die Interessen der nachwachsenden Generation ein, die über das Umlageverfahren die soziale Sicherheit der Rentner von heute auf recht hohem Niveau mitfinanziert und deshalb ebenfalls einen Anspruch auf ein gutes Auskommen im Alter hat. Wir wollen mehr Solidarität und Gerechtigkeit durch die Ausweitung des Versichertenkreises auf alle Erwerbstätigen.**

Einwanderung: Herausforderung und Chance

Brandenburg hat im Laufe seiner Geschichte mehrfach von wirtschaftlichen und kulturellen Impulsen durch Einwanderer profitiert. Zu absolutistischen Zeiten wurde mit großem Aufwand um ausländische Fachleute geworben, um das Land zu besiedeln und zu kultivieren - seien es Glaubensbrüder oder Andersgläubige.

Brandenburg war immer ein Land für Einwanderer

Heute stehen wir vor ähnlichen Herausforderungen. In vielen Landstrichen verschwindet die Jugend. In den Zentren fehlen die Fachkräfte. Der Bevölkerungsverlust ist bei weitem nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern höhlt die Vitalität und Zukunftsfähigkeit mancher Städte und Gemeinden aus. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit wird Zuwanderung heute jedoch vielerorts als zusätzliche Belastung gesehen. Mit der bevorstehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für unsere östlichen Nachbarn **besteht die Gefahr, dass diese Sicht noch stärker Raum greift. Die Realität sieht anders aus: Die oft zitierten polnischen Arbeitskräfte sind nicht in Beelitz zum Spargelstechen, sondern in Birmingham und Dublin an Werkbänken und Schreibtischen. Dabei hat Brandenburg Einwanderung nötig.**

Brandenburg braucht wieder Einwanderung!

Wir brauchen eine Politik, die Zuwanderung wirklich als Chance begreift und verantwortlich gestaltet. Es geht gleichermaßen darum, die Integration mit transparenten Zielstellungen und wirksamen Programmen zu fördern wie auch klare Maßstäbe für die Integrationsleistungen der Zuwanderer aufzustellen und durchzusetzen. Dazu gehört auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Es muss verhindert werden, dass einheimische und ausländische Arbeitssuchende gegeneinander ausgespielt werden.

Strategien für eine kinderfreundliche Gesellschaft

Unsere Gesellschaft muss kinderfreundlicher werden. Zunächst muss die Politik ihre Hausaufgaben machen. Auf der Tagesordnung steht, den un-

eingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindertagesstättenbetreuung ganztätig und **gebührenfrei** zu gestalten. Wir brauchen zudem eine deutlich **verbesserte Bildung in Kita und Schule**, die durch individuelle Förderung wirkliche Chancengleichheit schafft - unabhängig von der sozialen Herkunft und ethnischen Zugehörigkeit.

Das allein reicht aber nicht. Entscheidend ist, dass Familie und Erwerbsarbeit wieder vereinbar werden. Der räumlich und zeitlich unbegrenzt flexible Arbeitnehmer nach dem neoliberalen Leitbild ist nicht kompatibel mit einem verantwortungsvollen, gleichberechtigten und ausgefüllten Familienleben. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Es ist die verlässliche Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben, die den Kinderwunsch realisierbar macht. Für die materielle und rechtliche Absicherung dieser Vereinbarkeit kann der Staat erheblich mehr tun. Entscheidend ist jedoch ein Wandel der gesellschaftlichen Leitbilder.

Neben den öffentlichen Dienstleistungen für Kinder und Familien kommt es darauf an, die Rahmenbedingungen für das gemeinnützige private Engagement zu verbessern, wie etwa beim Mehrgenerationenwohnen und anderen Formen der generationsübergreifenden gegenseitigen Hilfe.

Notwendig ist darüber hinaus eine Stärkung der kinderbezogenen Anreize in den Steuer- und Sozialsystemen. Familie ist dort, wo Kinder aufwachsen. Bürgerliche Zugewinngemeinschaften müssen nicht staatlich gefördert werden.

6. Politisches Handeln solide finanzieren

Die Haushaltslage im Land Brandenburg ist katastrophal. Die Verschuldung des **Landeshaushalts** hat im Jahr 2006 mit 18 Mrd. Euro einen neuen Höchststand erreicht. Etwa die Hälfte des Landeshaushalts wird zudem durch Transferleistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs gedeckt. Brandenburg lebt noch immer zu großen Teilen von der Solidarität der anderen Bundesländer.

Längst ist die dramatische Haushaltssituation nicht mehr nur auf die Übernahme maroder DDR-Strukturen zurückzuführen. Für die Dauerkrise des Haushalts gibt es handfeste hausgemachte Gründe. Es ist nicht gelungen, die umfangreichen Transferleistungen der vergangenen andert-halb Jahrzehnte adäquat in nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Nicht wenige der großen Industrialisierungsprojekte sind gescheitert. Dadurch wurde der Finanzkreislauf unterbrochen. Diese Investitionen führten nicht zu dem erhofften Wachstum und steigenden Steuereinnahmen, sondern zwangen das Land zu neuen Schulden.

Natürlich wirkten sich auch die finanzpolitischen Weichenstellungen auf Bundesebene aus, die zu einer dramatischen Drosselung der öffentlichen Einnahmen für Länder und Kommunen führten. Jedoch trägt die Landesregierung durch ihre Zustimmung im Bundesrat hierfür eine Mitverantwortung. Sie hat alle steuerlichen Entlastungen von Großunternehmen

Familie und Erwerbsarbeit müssen wieder vereinbar werden

Die Dauerkrise des Haushalts ist hausgemacht

Transferleistungen haben keine nachhaltige Entwicklung gebracht

und Großverdienern mitgetragen, ebenso wie die bundespolitischen Ausgabenkürzungen im Sozialbereich.

Die Landesregierung sieht heute als einzigen Ausweg aus dieser gründlich verfahrenen Situation, die Ausgaben um jeden Preis immer weiter herunterzufahren. Die Politik hat gegenüber der Buchhaltung kapituliert. Dieser Weg hat keine Perspektive. Brandenburg braucht einen finanzpolitischen Neuansatz, der Einnahmen- wie Ausgabenseite gleichermaßen betrachtet und das Land wieder politisch handlungsfähig macht.

Die Schulden müssen abgebaut werden; daran führt kein Weg vorbei. Wir brauchen aber eine Balance zwischen Schuldenabbau und Investitionen für nachhaltige Entwicklung. Eine **dauerhafte** Haushaltskonsolidierung, die politische Handlungsfähigkeit sichert, ist ohne eine Stärkung der Einnahmen nicht realisierbar. Die Linkspartei hat **im Jahr 2005** ein Steuerkonzept vorgelegt, **das zu Mehreinnahmen von Bund, Länder und Kommunen führt.** Während der Bund vor allem von der Umgestaltung der Einkommenssteuer profitiert, würden die Länder ihre Einnahmen insbesondere durch die Vermögens- und Erbschaftssteuer deutlich verbessern. Die Kommunen könnten aus der Umverteilung der Umsatzsteuereinnahmen und der Gemeindebetriebssteuer erhöhte Einnahmen erzielen. Das Land Brandenburg sollte einen solchen Ansatz als Leitmotiv seiner Finanzpolitik aufgreifen und in der zweiten Stufe der Föderalismusreform, die eine Neuordnung der Finanzbeziehungen erreichen muss, energisch vertreten.

**Für Haushaltskonsolidierung
mehr Einnahmen und
strikte Sparsamkeit**

Natürlich gehört zu einem finanzpolitischen Neuansatz des Landes auch strikte Sparsamkeit, was immerhin zu den klassischen Brandenburgischen Tugenden zählt. **Das ist umso wichtiger, da mit dem Auslaufen der aktuellen EU-Strukturfondsperiode ab 2014 mit weniger Finanzausweisungen aus Brüssel zu rechnen ist und der Solidarität II ab 2009 weniger Geld für Brandenburg beinhaltet. Durch den Aufbau revolvingender Fonds, das heißt dem Übergang zur Darlehensfinanzierung, wird die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes erhalten. Dazu kommt, dass durch eine Umschichtung innerhalb und zwischen den EU-Strukturfonds sowie durch Veränderung der Förderprogramme der zurückgehende Mittelansatz zum Teil kompensiert und ein höherer Gestaltungsspielraum erreicht werden kann.**

***Revolvierende Fonds
unterstützen finanzielle
Handlungsfähigkeit***

Eine neue Haushaltspolitik beinhaltet auch eine Dezentralisierung des Mitteleinsatzes. Dort, wo die öffentliche Aufgabe angesiedelt ist, muss die Entscheidungskompetenz über den Mitteleinsatz liegen. **Darauf zielt der von der LINKEN vorgeschlagene Regionalfonds ab.** Darin besteht eine wesentliche Voraussetzung für selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln vor Ort. Zentralisierte Förderinstrumente auf Landesebene sollten auf wenige strategische Vorhaben begrenzt werden.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist es unerlässlich, die öffentliche Förderung von industriellen Großprojekten künftig sehr sorgfältig zu prüfen. Dem gegenüber sollte das Bürgschaftssystem für kleine und mittlere Unternehmen ausgeweitet und besser auf deren konkrete Bedürfnisse abgestimmt werden.

Bürgschaftssystem für kleine und mittlere Unternehmen muss verbessert werden

Politische Handlungsfähigkeit bedeutet, dass die erwirtschafteten Haushaltsmittel auf die strategischen Schwerpunktbereiche der Landesentwicklung konzentriert werden. Diese strategischen Handlungsfelder werden im folgenden Abschnitt mit einer klaren Prioritätensetzung formuliert.

V. Strategische Handlungsfelder für nachhaltige Entwicklung

1. Die Zukunft liegt in der Bildung

Wissen ist der Motor nachhaltiger Entwicklung. Bildung und **lebenslanges** Lernen gehören zu den Merkmalen einer kompetenten und innovativen Bürgergesellschaft. Orte des Wissens tragen zu einer hohen Lebensqualität bei. Sie stärken soziale Kompetenzen, sind Ausdruck von Weltoffenheit und stiften regionale Identität. Wissen ist die stärkste wirtschaftliche Ressource für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft.

Wissen ist unsere stärkste Ressource

Daher hat Bildung politische Priorität für das Land. **Diese Priorität muss auch finanziell unteretzt werden. Gerade** daran mangelt es. Chronische Unterfinanzierung **ist nach wie vor** Markenzeichen der Bildungspolitik im Land, **trotz Pisa-Schock und vieler politischer Lippenbekenntnisse.** Bei den Ausgaben für Schulbildung und für die Hochschulen nimmt Brandenburg den letzten Platz unter den deutschen Ländern ein. Bildung ist aber eine Zukunftsaufgabe und kein Steinbruch für die Haushaltskonsolidierung.

Bildung ist individuelles Grundrecht. Heute ist die Chancengleichheit bei weitem nicht für alle Schüler gesichert. Der Abbau der bestehenden Ungleichheiten muss deshalb im Mittelpunkt der Modernisierung des Bildungswesens stehen. Disparitäten müssen verringert und herkunftsbedingte Nachteile ausgeglichen werden. Dies betrifft sowohl die notwendige Grundbildung als auch die Voraussetzungen für selbstständiges Weiterlernen. **Konsequenterweise müssen Schul- und Berufsbildung gebührenfrei sein. Auch Studiengebühren sollen nicht erhoben werden.**

Abbau der Ungleichheiten im Bildungswesen

Chancengleichheit und demokratische Teilhabe sind auch in der Bildung der rote Faden unserer Politik. Die Brandenburger sollen alle Möglichkeiten der Wissensgesellschaft nutzen können, und dies von Brüssow bis Ortrand und von Frankfurt (Oder) bis Wittenberge, von der berufstätigen Frau bis zum Vorruehändler, von Vorschulkindern bis zu Senioren.

Eckpunkte einer zukunftsfähigen Bildungspolitik

Eine nachhaltige Bildungspolitik sichert Bildung durch gemeinsames Lernen und individuelle Förderung. Ganztagsangebote müssen weiter ausgebaut werden. Wir brauchen eine stärkere Dezentralisierung des Bildungssystems bei Stärkung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der einzelnen Schule. Die verschiedenen Bildungsakteure sollten sich stärker vernetzen **und dafür auch die notwendige Handlungsfreiheit erhalten.**

Dezentralisierung der Bildung und Selbstständigkeit der Schulen

Wir treten für eine Gemeinschaftsschule nach finnischem Vorbild ein, in der alle Schüler zumindest bis zum Abschluss der Sekundarstufe 1 ge-

meinsam und voneinander lernen. Das stärkt die Kompetenzen der besonders leistungsfähigen Schüler, weil sie lernen, Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln. Davon profitieren auch die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen am besten von Kindern. Durch individuelle Förderung werden ungleiche Startbedingungen ausgeglichen und besondere Fähigkeiten weiter ausgeprägt. Erst nach der Sekundarstufe 1 sollten mit der gymnasialen Oberstufe und der Berufsbildung unterschiedliche Bildungswege angeboten werden, wobei auch dann noch eine größtmögliche Durchlässigkeit zwischen den Schulformen gewahrt bleibt.

Durchlässigkeit zwischen Schulformen sichern

Bildung und Erziehung gehören zusammen. Eine Vielfalt unterschiedlicher pädagogischer Ideen, die auf individuelle Stärken und Schwächen eingeht, soll im Interesse der Persönlichkeitsentwicklung der Schüler gesichert werden. Private Bildungsangebote können die individuellen Wahlmöglichkeiten erweitern; jedoch darf das öffentliche Bildungsangebot unter keinen Umständen qualitativ zurückstehen.

Brandenburgs Bildungssystem fehlt es an Qualität. Der Knackpunkt ist die Personalausstattung. Bessere schulische Leistungen können nur durch intensiveres Arbeiten erreicht werden. Das bedeutet möglichst niedrige Klassen- und Kursfrequenzen und wirklich qualifizierte Ganztagsangebote sowie – selbstredend – eine drastische Verminderung der Stundenausfälle. Dafür werden erheblich mehr, gut ausgebildete und hinreichend motivierte Lehrer gebraucht. Speziell für die Ebenen der heutigen Grundschule und Sekundarstufe I sollten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die gymnasiale Oberstufe ist umzugestalten.

Es werden mehr Lehrer gebraucht – und auch mehr Mittel

Die demographischen Veränderungen im Lande bedeuten auch für Brandenburgs Bildungspolitik eine Herausforderung. **In einigen Regionen sinken die Schülerzahlen ganz dramatisch, im Speckgürtel um Berlin müssen neue Schulen gebaut werden. Diese regionalen Diskrepanzen erfordern unterschiedliche Konzepte für unterschiedliche Bedingungen, von verdichteten Bildungsangeboten in den Ballungsräumen bis zu Kleinstschulen und dezentralisierten Schulformen in ländlichen Gebieten. In jedem Falle gilt es, die schulische Grundversorgung zu sichern, und dies im ganzen Lande.** Zumindest für die ersten Schuljahre sollte ein möglichst engmaschiges wohnortnahes Netz an Angeboten erhalten bleiben. Das erfordert innovative und unkonventionelle Antworten. Für die höheren Klassenstufen mit ausdifferenziertem Fächerkanon wird eine Konzentration der Schulangebote an zentralen Orten unausweichlich. Dies ist Aufgabe der interkommunalen Kooperation.

Für ein engmaschiges Netz an schulischen Angeboten am Wohnort

Im Zusammenhang mit den starken nachbarschaftlichen Beziehungen Brandenburgs zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sollte in der Bildungspolitik des Landes sowohl bei den Inhalten als auch bei den sprachlichen Kompetenzen auf die „Ostdimension“ verstärkt geachtet werden.

Eine konsequent demokratische Sprachpolitik muss zudem den spezifischen Bildungserfordernissen der in Brandenburg lebenden sprachlichen Minderheiten gerecht werden. Seitens des Landes sind insbesondere Maßnahmen zu ergreifen, um die niedersorbisch-wendische Sprache zu unterstützen.

Zukunftsfaktor Wissenschaft

Hochschulen sind ein erstrangiger Zukunftsfaktor für ein rohstoffarmes Land wie Brandenburg. Jedoch nimmt das Land bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Hochschulen den letzten Platz unter den deutschen Ländern ein. Die Sach- und Personalausstattung der Hochschulen ist entsprechend defizitär. **Bei der Studienanfängerquote ist Brandenburg das Schlusslicht unter den deutschen Ländern.** Um akademische Exzellenz in Forschung und Lehre zu sichern, ist ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Qualität der Lehre dringend erforderlich. Zentraler Bestandteil dieses Pakets muss eine Verbesserung der Relation zwischen Lehrenden und Studierenden sein. Für die personelle und materielle Ausstattung der Hochschulen müssen konsequent mehr öffentliche Mittel eingesetzt werden. Ebenso gehört die Sicherung der universitären Autonomie und Selbstverwaltung gegenüber dem Förderzentrismus der Landesregierung zu den Kernanforderungen einer Wissenschaftspolitik, die auf demokratische Teilhabe **orientiert**.

Brandenburg und Berlin bilden eine Wissenschaftsregion. Mit über 100 universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen gehört der Raum zu den bedeutsamsten in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft und nimmt einen europäischen Spitzenplatz ein. Dies trägt zur Attraktivität und Weltoffenheit unseres Landes bei. Die großen Chancen dieser Wissensregion werden bisher nicht genutzt. Es fehlt an Gestaltungswillen. Zu den vordringlichsten Aufgaben gehören eine abgestimmte Hochschulplanung und ein gemeinsames Hochschulgesetz.

Die Möglichkeit, erworbenes Wissen schnell auch wirtschaftlich nutzbar zu machen, muss geschaffen werden. Die Zahl der angemeldeten Patente aus Brandenburg ist jedoch gering. Wissenschaft und Wirtschaft gehen hier noch nicht Hand in Hand. Das gilt vor allem für die Industrieforschung, die im Osten generell gering entwickelt ist. Die Einrichtung eines Hochschul-Innovationsfonds könnte an einer wichtigen Schnittstelle von Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung die Innovationen in Forschung, Lehre und Technologietransfer befördern. Ein solcher Fonds wäre zugleich eine Komponente der regionalen Strukturförderung.

Für mehr Autonomie und Selbstverwaltung der Hochschulen!

Brandenburg und Berlin sind *eine* Wissenschaftsregion

Innovationsfonds für Hochschulen gefragt

2. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaft im Land Brandenburg hat in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten tief greifende Umbrüche durchlebt: den ordnungspolitischen Wechsel, die Treuhandprivatisierung, die Zerschlagung der Großstrukturen, die Konfrontation der verbliebenen Einzelbetriebe mit den marktbeherrschenden Konzernen in EU-Europa, das Wegbrechen der traditionellen Märkte im Osten. All dies war mit enormen Arbeitsplatzverlusten verbunden, die zu andauernd hoher Unterbeschäftigung führte.

In einem schmerzhaften Anpassungs- und Modernisierungsprozess haben sich die Konturen einer neuen Wirtschaftsstruktur herausgebildet. Der Ring um Berlin hat zweifellos von der Wirtschaftskraft und den Standortvorzügen der Bundeshauptstadt profitiert. Dem gegenüber haben viele klassische Industriestädte wie Luckenwalde oder Forst noch immer mit den Folgen der De-Industrialisierung zu kämpfen. Dies gilt auch für einige Industriestandorte, die zur DDR-Zeit aufgebaut wurden, wie etwa Brandenburg oder Premnitz. In keinem ostdeutschen Land liegen Wirtschaftskraft und Beschäftigung regional so weit auseinander, wie in Brandenburg. Der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur und eines zukunftsfähigen Dienstleistungssektors steht auf halbem Wege. Noch ist ein wirklich stabiler und nachhaltiger Entwicklungspfad nicht gesichert. Das Wirtschaftswachstum stagniert.

Das Land Brandenburg braucht einen integrativen ressortübergreifenden Politikansatz für die Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, ländlicher Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik, um die Standortvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu sichern. Erste Pflicht ist eine wirksame Substanzpflge der bestehenden – oft kleinteiligen und noch eigenkapitalschwachen – Unternehmensstruktur. Um die Wirtschaft Brandenburgs zukunftsfähig zu machen, müssen die vorhandenen Entwicklungspotenziale entschlossener aktiviert werden, indem innovative Branchen, tragfähige Netzwerke und grenzüberschreitende Kooperation wirksam gefördert werden. Neue Chancen werden vor allem in neuen Industrien entstehen. Die Förderinstrumente sind den sektoralen und regionalen Bedingungen anzupassen – und nicht umgekehrt.

Industrielle Kerne stärken

Der vergleichende Blick über die deutsche Landkarte macht deutlich, wie wichtig leistungsfähige industrielle Kerne für die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor sind. Auch in der Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft findet man kaum einen florierenden Wirtschaftsstandort, der sich nicht auf industrielle Kerne stützt, von denen vielfältige Wachstumsimpulse für Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung ausgehen. Davon lebt eine Großzahl kleiner und mittlerer Unternehmen:

Neue Wirtschaftsstruktur bildet sich heraus

Förderinstrumente den sektoralen und regionalen Bedingungen anpassen – und nicht umgekehrt!

In Brandenburg haben sich einige leistungsstarke industrielle Kerne etablieren können. Hierzu zählen die Erdölverarbeitung in Schwedt, der Stahlproduzent in Eisenhüttenstadt, der Chemiestandort Schwarzheide oder die Nutzfahrzeugherstellung in Ludwigsfelde sowie, als eine der größeren Neuansiedlungen, die Luft- und Raumfahrtindustrie in Dahlewitz.

In den vergangenen Jahren ist die Landesregierung mit einigen industriellen Großprojekten spektakulär gescheitert. Dennoch kann mit wirklich kompetenter Industriepolitik einiges erreicht werden, wie Sachsen oder Thüringen zeigen. Die Stärkung industrieller Kerne sollte in Brandenburg wirtschaftspolitische Priorität bleiben.

Stärkung industrieller Kerne bleibt Schwerpunkt

Wachstumsbranchen und Netzwerke fördern

In einigen Branchen verfügt die Wirtschaft in Brandenburg über herausragende Kompetenzen und Zukunftschancen. Diese Branchen bzw. Standorte können zu leistungsstarken Motoren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung werden. **Die Auswahl von Branchenkompetenzfeldern durch die Landesregierung erlaubt keine wirkliche Konzentration öffentlicher Förderanstrengungen.** Die Entwicklung von Zukunftsbranchen und die Landesentwicklungsplanung wurden faktisch vermischt, was eine unentschiedene Strategie zur Folge hatte.

Brandenburg braucht in der Tat eine Schwerpunktsetzung bei der Förderung von Zukunftsbranchen. Es reicht aber nicht, bestehende Strukturen als Zukunftsbranchen fortzuschreiben. **Die Zukunftsbranchen sollten unabhängig von der räumlichen Verortung und der regionalen Balance strikt nach ihren Innovationspotenzialen und Entwicklungschancen bestimmt werden. Förderung von Zukunftsbranchen darf nicht mit Regionalentwicklung verwechselt werden.**

International bedeutsame Branchen unterstützen

Im Grundsatz muss gelten, dass Entwicklung dort unterstützt wird, wo sie sich vollzieht. Vor dem Hintergrund des tatsächlichen Leistungsspektrums der Region Brandenburg-Berlin sind international herausragende Branchen und Netzwerke besonders zu unterstützen. Dazu zählen z.B. Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt, Medien, Gesundheitswirtschaft, Energie. Dabei geht es nicht nur um die Höhe der Förderung, sondern auch um ordnungspolitische Rahmensetzungen, die u.a. die Netzwerkbildung und den Marktzugang unterstützen. Davon zu unterscheiden sind Branchen, die für die Regionalentwicklung und Wertschöpfung vor allem in ländlichen Regionen von herausgehobener Bedeutung sind. Dazu zählen die Agrar-, Forst- und Tourismuswirtschaft. Diese sind durch einen institutionell übergreifenden Ansatz finanziell und ordnungspolitisch zu unterstützen.

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), **Handwerk** und freie Berufe sind mit Abstand die Hauptträger der Beschäftigung in Brandenburg. **Die Förderung dieser Unternehmen ist wirtschaftspolitische Daueraufgabe. Entsprechend sollten auch die Fördertatbestände fortwährend auf veränderte Bedingungen eingestellt werden.** Die Eigenkapitalsituation der KMU wie auch der Agrarwirtschaft sollte unbedingt verbessert werden, wozu auch eine Reform des Steuerrechts beitragen kann. Durch Vernetzung mit öffentlichen Forschungskapazitäten sollten die KMU zudem bei der technologischen Innovation wirkungsvoller unterstützt werden. **Zudem** würden die KMU enorm profitieren, wenn eine durchgreifende Entbürokratisierung der gewerbebezogenen Verfahren in der öffentlichen Verwaltung gelingt. Das kostet kein Geld, kann aber Blockaden lösen.

Mittelständler und Handwerker durch Entbürokratisierung und Zugang zum Kapitalmarkt helfen

Benachteiligte Wirtschaftsregionen nicht abschreiben

Die Förderung von Zukunftsbranchen kann eine Landesentwicklungsplanung, die Impulse für alle Regionen setzt und krasse Disparitäten verhindert, nicht ersetzen. Jede Region hat ein Recht darauf, bei der Aktivierung ihrer Potenziale und Überwindung ihrer Schwächen vom Land unterstützt zu werden. Dies gilt vor allem für die technische und soziale Infrastruktur, also die „harten“ und „weichen“ Komponenten im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte.

Erhebliche neue Wachstums- und Beschäftigungspotenziale bietet der Dienstleistungssektor. Handel, Service, Betreuung, Gesundheit und Pflege sind Bereiche, die in den Ballungszentren ebenso wie in ländlichen Gebieten wohnortnah nachgefragt werden. Für Wachstumsbereiche wie die Gesundheitsprävention und Rehabilitation, Tourismus, Ernährungs- und Forstwirtschaft bieten ländliche Regionen attraktive Entwicklungsmöglichkeiten.

Neue Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungssektor

Der Flughafen Berlin-Brandenburg International wird für die nächsten Jahre die größte öffentliche Investition in der Region sein, **deren Wirtschaftlichkeit natürlich sicherzustellen ist.** Brandenburger Politik muss sich dafür einsetzen, dass die regionale Wirtschaft maximal in das **Entwicklungsvorhaben** einbezogen wird, damit der BBI die **versprochene Wirkung als wirtschaftlicher Impuls für das Land auch wirklich erzielt. Zugleich sind die Interessen der betroffenen Bevölkerung, insbesondere durch Lärmschutz, Nachtflugverbot und Entschädigungsregelungen, zu schützen.**

Regionale Wirtschaft beim Flughafen-Bau maximal einbeziehen

Wirtschaftliche Perspektiven für ländliche Räume

Im ländlichen Raum geht es darum, regionale Produktionsprozesse zu entwickeln, die neue Wirtschafts- und Lebensweisen gewährleisten. Die bestehenden hochproduktiven Agrarbetriebe können als Motoren der regionalen Entwicklung mit dem Aufbau einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft in diesen Räumen verbunden werden.

Produktive Agrarbetriebe als Motoren der regionalen Entwicklung

Erneuerbare Energie und nachwachsende Rohstoffe, die einen hohen regionalen Verarbeitungsgrad haben, sind deshalb fester Bestandteil künftiger Entwicklung im ländlichen Raum Brandenburgs. Das kann durch Konzepte der Energieautonomie von märkischen Städten und Gemeinden gefördert werden. In strukturschwachen Räumen soll die Förderung regionaler Zentren mit den Aufgaben der Landesentwicklung und Daseinsvorsorge künftig auch stärkere wirtschaftliche Impulse setzen.

Im ökologischen Landbau ist Brandenburg weit vorn. Auch zukünftig muss diese Produktionsweise, die einen erheblichen Beitrag zum Natur- und Grundwasserschutz sowie für die Gesunderhaltung der Bevölkerung leistet, eine Erweiterungschance haben. Das geht aber nur, wenn die Gefährdung durch Gentechnik ausgeschlossen ist und die allgemeine Nachfrage nach Bioprodukten weiter steigt. Entscheidend für das Kaufverhalten wird neben dem Verbraucherbewusstsein die Einkommensentwicklung sein. In erster Linie sind deshalb Marketingstrategien zur Nachfrageerhöhung und bessere Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefragt. Die Metropole Berlin ist ein riesiger Markt für hochwertige Bioprodukte, der noch besser erschlossen werden kann.

Spitzenreiter im ökologischen Anbau

Die Nachteiligkeit der durch Kleinbesitz und hohe Eigentümerzahl gekennzeichneten Waldbesitzstruktur wird durch forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse überwunden. Dadurch können ungenutzte Holzreserven mobilisiert werden. Dieses ermöglicht die weitere Entwicklung der Holzindustrie, dient als umweltfreundliches Brenn- und Baumaterial und sichert somit Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Der ländliche Tourismus ist eine weitere Entwicklungschance für den ländlichen Raum Brandenburgs. Dörfer entwickeln sich zu touristischen Zentren mit Hotels, Pferdesport, Bauernmarkt, Lebensmittelproduktion und Erlebnisplätzen. Erweiterungen in Richtung Gesundheitstourismus bedeuten zusätzliches Wachstum. Dazu kommen Projekte lokaler und regionaler Initiativen, die alte Gewerbe wieder beleben und Zeugnisse ländlicher Agrar- und Industriekultur wieder erlebbar machen.

Dörfer entwickeln sich zu touristischen Zentren

3. Starke Städte haben Zukunft

Die europäische Stadt ist Ursprung unseres kulturellen, sozialen und politischen Lebens. Städte sind die Antriebsmotoren der Wirtschaft, sie stiften Identität, sind Zentrum der Entwicklung und Ort der Modernisierung. Die Stadt ist heute der wichtigste Träger öffentlicher Dienstleistung und Infrastruktur. Ohne Städte sind Staat und Gesellschaft nicht funktionsfähig - vom Wohl der Städte hängt unser Gemeinwesen ab. Denn nur die Stadtpolitik schafft es, die Vielfalt an Lebensformen unserer Gesellschaft zu einem Gemeinwesen

Städte als Zentren der Entwicklung

zusammenzuführen. Dafür benötigen Städte die entsprechende Handlungsfreiheit und finanziellen Ressourcen.

Schaut man auf die Städte in Brandenburg, so zeigt sich ein eher dramatisches Bild. Die Selbstverwaltung der märkischen Städte und Gemeinden ist gegenwärtig **eher** eine Fiktion. Diese können kaum noch selbst bestimmte Vorhaben realisieren. Sie sind zum bloßen Vollzieher von immer mehr Gesetzen und Verordnungen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes degradiert.

Demokratische Teilhabe ermöglichen

Demokratische Politik muss in den Städten wieder stärker erlebbar werden. Voraussetzung hier sind kommunale Entscheidungskompetenz und deren Untersetzung durch entsprechende Haushaltszuteilungen. Eine durchgreifende Reform der Kommunalfinanzen, die dieses Prinzip konsequent umsetzt, ist überfällig.

Demokratie in Städten erlebbar machen

Die Förderinstrumente von Land und Bund sollten sich darauf konzentrieren, Signale für nachhaltige Entwicklungswege zu setzen und krasse Disparitäten zu mildern. Es kann aber nicht sein, dass jede kommunale Maßnahme, die über die Pflichtaufgaben hinausgeht, nur über Fördermittel von Land und/oder Bund realisierbar ist und damit von den Entscheidungen externer Bürokratien abhängig ist.

Die Instrumente der kommunalen Demokratie sollten weiter gestärkt werden. Das beginnt mit mehr Rechten der Stadtverordneten für eigenständige Initiativen und bessere Kontrolle der städtischen Verwaltungen. Auch für die bürgerschaftliche Teilhabe müssen neue Freiräume geschaffen werden. Bürgerinnen und Bürger tragen immer mehr lokale Dienstleistungen selbst, wollen aber auch mehr in die lokalen Entscheidungen einbezogen werden. Lokale Demokratie lebt von Einmischung und Mitgestaltung. Möglichkeiten dafür bieten z. B. vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, die Einführung von Bürgerhaushalten sowie mehr Rechte für Jugend- und Seniorenbeiräte.

Rechte der Abgeordneten in Stadtparlamenten stärken

Wachsende Aufgaben für die Städte

Angesichts der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Ausdünnung der öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum werden die Städte als zentrale Orte mit ihrer sozialen Infrastruktur für die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer wichtiger. **Städte übernehmen Versorgungsfunktionen für das Umland und sollen dementsprechend auch vom Umland unterstützt werden. Für einen solchen Ausbau der interkommunalen Kooperation sind die notwendigen administrativen und landesplanerischen Voraussetzungen zu schaffen.** „Städte stärken“ ist ein sinnvoller Weg, um den Rückzug öffentlicher Institutionen aus Teilen des Landes zu verhindern.

Rückzug öffentlicher Institutionen aus der Fläche verhindern

Brandenburg bleibt lebenswert, wenn alle seine Städte, nicht nur wenige auserwählte, eine faire Zukunftschance erhalten. Mehr Kompetenzen und mehr Autonomie schaffen neue Anreize für selbständiges Handeln lokaler Akteure und zur Mobilisierung lokaler Ressourcen. Diese können genutzt werden, um die Städte lebenswerter, sozialer und minderheitenfreundlicher zu gestalten. **Dazu kann öffentlich geförderte Beschäftigung wesentlich beitragen.**

Zukunftsfähigkeit durch Stadtumbau

Das Zusammenspiel von Einwohnerverlusten, Umbruch der Gewerbestandorte und räumlicher Ausdehnung des Stadtkörpers hat seit Beginn der 1990er Jahre zu einer gravierenden Unternutzung, Fragmentierung und Erosion der Stadtstruktur geführt. Dies betrifft Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur gleichermaßen.

Diese Entwicklung stellt für die Stadt als Gemeinwesen und Siedlungsraum, Lebensmittelpunkt der Bürgerinnen und Bürger und wirtschaftlicher Wettbewerber eine existenzielle Herausforderung dar. Stadtumbau ist das Instrument, um eine umfassende Strukturanpassung in Gang zu setzen, die der Stadt als Ort zum Wohnen, Leben und Arbeiten wieder eine Zukunft eröffnet. Hierfür brauchen die Städte neue Leitbilder. Es muss neu buchstabiert werden, was nachhaltige Entwicklung in Zeiten der Schrumpfung bedeutet und aus welchen Zielen das Gemeinwesen neue Energie und Integrationskraft schöpfen kann.

Faire Zukunftschancen
für alle Städte!

Stadtumbau ist ein komplexes Vorhaben. Es geht nicht nur um die Stabilisierung des Wohnungsmarktes, sondern auch um den lokalen Strukturwandel durch Reaktivierung bzw. Umnutzung der innerstädtischen Gewerbeflächen, um die Anpassung der technischen Ver- und Entsorgungssysteme und um eine Reorganisation der sozialen Infrastruktur.

Damit Stadtumbau nicht nur als Abriss erlebt wird, sind die Kommunen auf die Unterstützung des Bundes, der Länder und der EU angewiesen. Die Förderinstrumente sollten konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Alle Maßnahmen und Projekte vor Ort sollten einem Nachhaltigkeits-Check unterzogen werden. Nur so können die kommunalen Infrastrukturen und damit das urbane Leben zukunftsfähig gemacht werden. Stadtumbau ist deshalb auch ein wichtiger Faktor für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

**Projekte vor Ort einem
Nachhaltigkeits-Check
unterziehen**

4. Ländliche Räume bleiben lebenswert

Brandenburg ist ein agrarisch geprägtes Land. Seine ländlichen Räume, vor allem jenseits des Berliner Umlandes, befinden sich seit den 1990er Jahren in einem tief greifenden Strukturwandel, der zu einer widersprüchlichen Entwicklung geführt hat:

- Einerseits finden wir moderne Agrarbetriebe, die in den letzten Jahren einen enormen Produktionssprung vollzogen und die Brandenburgs Landwirtschaft zu einer der produktivsten in Europa machen. Diese Agrarbetriebe sind fest in den internationalen Netzwerken der Nahrungsmittelproduktion eingebunden, jedoch haben sie kaum noch Verbindung zu den lokalen und regionalen Marktstrukturen.
- Andererseits prägen hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Steuereinnahmen, eine schrumpfende Infrastruktur, massive Abwanderung und Vergreisung die wirtschaftliche und soziale Lage in diesen Räumen. Lokale und regionale Strukturen lösen sich im ländlichen Raum auf und führen zu einem dramatischen Niedergang des dörflichen Lebens.

Dieser Herausforderung muss sich das Land stellen. Einen Rückzug der Politik aus diesen Räumen darf es nicht geben. Die Reorganisation der ländlichen Gesellschaft muss jedoch auf einer neuen Grundlage erfolgen. Eine Rückkehr zur bäuerlichen Idylle wird es nicht geben. **Nötig ist jedoch eine Reaktivierung der ökonomischen Potenziale. Das Dorf muss sowohl in seiner traditionellen Rolle als Lebensmittelproduzent als auch in den neuen Funktionen als Landschaftspfleger und Hersteller nachwachsender Rohstoffe eine Perspektive erhalten. Die Agrarpolitik sollte so ausgestaltet werden, dass sie wieder stärker als Strukturpolitik wirkt und regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung im Dorf erfolgt.**

Für eine soziale Reorganisation des ländlichen Raumes

Die Dörfer verlieren ihre traditionelle wirtschaftliche Basis. Die traditionelle soziale und kulturelle Infrastruktur der Dörfer löst sich auf. **Ein Großteil** ihrer Bewohner hat keine Verbindung zur landwirtschaftlichen Produktion und empfindet sie eher als fremdes Geschehen. Aber Dörfer können nicht einfach geschlossen werden. Die soziale Reorganisation des ländlichen Raumes ist eine enorme Herausforderung, der sich die Politik im Land Brandenburg verantwortungsbewusst und ideenreich stellen muss. Ein Zurückweichen auf den Metropolenraum darf es nicht geben!

Zwar reichen Sozialleistungen und Arbeitsmarktmaßnahmen von außen zum Überleben, jedoch eröffnen sie keine Möglichkeiten für selbstbestimmtes Handeln. Vor allem den jüngeren Menschen müssen wir Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft jenseits von Transferzahlungen und Subventionen anbieten. Dafür sind eine solide schulische Grundversorgung zu sichern und verstärkt Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen.

***Widersprüchliche
Entwicklung auf dem Lande***

Reorganisation der ländlichen Gesellschaft auf neuer Grundlage

***Verantwortungsbewusst
und ideenreich ländlichen
Raum umgestalten***

Die wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Veränderungen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte haben auf dem Lande auch viele neue Freiräume entstehen lassen, die neu ausgefüllt werden können. Alternative Lebensmodelle und innovative Lebensformen auf dem Lande bringen neue Entwicklungsimpulse, machen das gesellschaftliche Leben im Dorf wieder interessanter und stabilisieren die sozialen Strukturen. Dieses „neue soziale Kapital“ der zugereisten, manchmal auch zurückgekehrten Personen kann für die Neuorganisation des dörflichen Lebens intelligent genutzt werden.

Auf dem Lande entstehen neue Freiräume

Neue Formen der Teilhabe im ländlichen Raum

Chancengleichheit und Teilhabe sind auch die Leitideen unserer Politik für den ländlichen Raum. Nachhaltige Entwicklung kann in den ländlichen Räumen Brandenburgs erreicht werden, wenn es gelingt, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Akteure in den Dörfern und Landkreisen für eine Reorganisation der ländlichen Gesellschaft zu motivieren und zu bündeln.

Dazu bedarf es selbstbewusster Brandenburger im ländlichen Raum, die fern von Lethargie mit bürgerschaftlichen Engagement und sachlicher Kompetenz neue soziale Netzwerke schaffen. Diese lokalen Akteure jenseits der klassischen Förderung zu unterstützen, ist eine Herausforderung für moderne Politik im ländlichen Raum, die sich ernsthaft für zukunftsfähige Regionen in Brandenburg einsetzt.

Kompetente Brandenburger auf dem Lande unterstützen!

5. Kulturland Brandenburg

Über Jahrhunderte haben sich die Brandenburger eine wertvolle Kulturlandschaft geschaffen. Das Land verfügt über ein großartiges kulturelles Erbe und bietet vielfältige Angebote für modernes künstlerisches Schaffen.

Großartiges kulturelles Erbe als Teil unserer Lebensqualität

Museen und Bibliotheken, Stadttheater und Galerien, Schlösser und Kunsthäusern, Kulturzentren und freie Bühnen spiegeln sowohl eine geschichtsträchtige als auch lebendige und produktive Kulturszene wider. Viele Brandenburger sind heute in Orchestern, Theatergruppen und Chören aktiv. Dieses reiche kulturelle Leben, das auch die sorbische (wendische) Kultur als festen Bestandteil einschließt, ist Teil einer Lebensqualität, die die Menschen hierzulande schätzen und die auch ihre regionale Identität prägt.

Ein großer Teil der kulturellen Einrichtungen im Land kann auf eine lange Tradition zurückblicken. In der DDR wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Kultur im Alltagsleben zu verankern und kulturelle Angebote flächendeckend im Land auszubauen.

Nach 1990 kam es auch im kulturellen Bereich zu einem Strukturwandel. In Brandenburg entstand ein Netz sozialer, kultureller und kulturpädagogischer Einrichtungen, das überwiegend von freien Trägern geprägt ist. Die damit verbundene Eigenverantwortung und Kreativität sind Ausdruck des Willens und der Fähigkeit zur demokratischen Teilhabe an der Kultur dieses Landes.

Kultur als gesellschaftliches Gut pflegen

Kultur ist in einer aktiven Bürgergesellschaft gesellschaftliches Gut an sich. Zugleich kann Kultur ein wirtschaftlicher Faktor sein. Oft bot sie nach dem Wegbrechen von Industrie eine neue Perspektive. Bei aller notwendigen Beachtung ökonomischer Kriterien in der Kulturpolitik ist einer Ökonomisierung der Kultur deutlich zu widersprechen. Die Teilhabe an dieser Kultur in ihren verschiedenen Formen muss für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gewährleistet werden. Ein breit gefächertes Angebot von Kunst und Kultur, räumlich und sozial für alle erreichbar, ist deshalb auch das Leitmotiv unserer Kulturpolitik.

Diese Teilhabe an Kultur ist gefährdet. Der drastische Rückzug des Landes aus der Finanzierung kultureller Einrichtungen, der bereits zu vielen Schließungen geführt hat, ist unverantwortlich. Eine Kommunalisierung der Kultur hat nun eingesetzt. Kommunale Bibliotheken, Musikschulen und kulturelle Begegnungsstätten gehören weiterhin zu der kulturellen Mindestausstattung in jedem Kreis. Vor allem die Städte haben hier eine besondere Verantwortung für die Region.

Eine Stärkung der kommunalen Kompetenz für das kulturelle Leben vor Ort ist durchaus im Sinne größerer bürgerschaftlicher Teilhabe. **Der Staat sollte sich darauf beschränken, im Sinne der Subsidiarität die Selbstverantwortung der Kommunen zu unterstützen.** Dafür müssen die Kommunen aber auch finanziell ausgestattet werden. Kultur sollte zu einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden. Jedoch kann dies nicht die Verantwortung des Landes für eine kulturelle Infrastruktur im gesamten Land ersetzen. Die Landesaufgaben müssen klar definiert bleiben.

Die kulturelle Vielfalt stärken

Die kulturelle Entwicklung Brandenburg wird zukünftig noch stärker vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geprägt sein. Dazu bedarf es ideenreicher, engagierter und selbstbewusster Akteure, die mit bürgerschaftlichen Engagement und sachlicher Kompetenz neue kulturelle Netzwerke schaffen.

Auch in der Kultur ist die enge und langfristige Zusammenarbeit mit Berlin von großer Bedeutung. Davon gewinnen beide Seiten. Beispiele dafür sind die „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“, der „Filmboard Berlin-Brandenburg“ sowie die „Akademie der Künste“.

Teilhabe an Kultur für alle gewährleisten

Kulturelles Engagement der Bürger, aber das Land bleibt in seiner Verantwortung

Auch in der Kultur gilt: Eng und langfristig mit Berlin zusammen arbeiten

Eine Spezifik der Kultur im Landes Brandenburg ist die sorbische Kultur, die weiterhin unterstützt und gepflegt werden muss. Dies ist nicht nur für die Bewahrung und Fortentwicklung der Identität der 20.000 Sorben im Land wichtig, sondern sichert auch die kulturelle Vielfalt in Brandenburg, die ein Markenzeichen der Gesellschaft darstellt.

Vielfältige Möglichkeiten bietet die kulturelle Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum. Sie ist heute bereits weit entwickelt, vor allem in den Euroregionen. Dies trägt trotz der fortbestehenden Sprachbarrieren zu einer besseren Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn bei und strahlt auch auf andere Bereiche des Zusammenlebens aus. **Durch Vereinbarungen über kulturelle Zusammenarbeit sind die bestehenden Potenziale noch besser zu nutzen.**

6. Für eine handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung

Zentrale Aufgabe eines modernen Staates ist die Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Die Infrastruktur öffentlicher Dienstleistungen ist dabei bedarfsgerecht und flächendeckend anzubieten, Verwaltungshandeln transparent und leistungsorientiert zu gestalten. Dies ist unser Maßstab für die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen. Verwaltung ist Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger!

Öffentliche Dienstleistungen bedarfsgerecht und flächendeckend sichern

Eine Funktionalreform ist überfällig

Oft wird vorgeschlagen, die Verwaltungsstrukturen neu zu ordnen. Eine Diskussion darüber muss auch in Brandenburg geführt werden. Dabei ist sorgfältig zu klären, welche Aufgabebereiche auf welcher Verwaltungsebene am besten aufgehoben sind, wo ein größerer räumlicher Zuschnitt sinnvoll erscheint und wie die demokratische Qualität der Entscheidungsprozesse bewahrt und gestärkt werden kann.

Kern der Funktionalreform ist es, eine klare Arbeitsteilung zwischen den Verwaltungsebenen durchzusetzen. Kompetenzüberlappungen, Doppelverantwortlichkeiten und gegenseitige bürokratische Blockaden sollen verschwinden. Eine solche Reform muss mehr sein als die technokratische Optimierung von Verwaltungsvorgängen und das Einsparen von Stellen. **Ziel ist eine den örtlichen Bedingungen angepasste, von Eigenverantwortung getragene, von gewählten Vertretungen kontrollierte und durch bürgerschaftliches Engagement gestärkte lokale Selbstverwaltung. Nicht die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, sondern deren Kommunalisierung muss im Vordergrund stehen.**

Eine Funktionalreform muss eine deutliche Verschiebung der Planungs- und Koordinierungskompetenzen hin zu den Kommunen in Gang setzen, inklusive eines entsprechenden Transfers der rechtlichen und finanziellen Ausstattung.

Auch Neuordnung der Finanzen zugunsten von Städten und Gemeinden

Vorraussetzung ist eine Neuordnung der föderalen Finanzen zugunsten der Kommunen. Vorrang hat für uns die Stärkung der Selbstverwaltung in den Städten und Gemeinden, weil hier demokratische Teilhabe unmittelbar praktiziert werden kann. Die Funktionalreform von 1993 – 1996 hat zwar Aufgaben und Kompetenzen vom Land auf die Kreise verlagert, ist aber den zweiten Schritt schuldig geblieben, denn eine nennenswerte Kompetenzübertragung von den Landkreisen auf die Städte und Gemeinden fand nicht statt.

Im Zuge einer neuen Funktionalreform sollten die lokalen Kompetenzen grundsätzlich auf die Städte und Gemeinden übergehen, damit umständliche Verfahren im Landkreisamt und Kompetenzgerangel zwischen den Verwaltungen künftig vermieden werden. Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen, Kfz-Zulassungen und Fahrerlaubnisangelegenheiten, die Erteilung von Baugenehmigungen und Bauabnahmen, das gesamte Schulwesen sowie der Denkmalschutz sollten künftig zum Kompetenzbereich der Städte, Ämter bzw. amtsfreien Gemeinden gehören. Grundlage ist das Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von Aufgabenübertragung und Übertragung der erforderlichen Finanzmittel. Dieses Prinzip darf von der Landesregierung nicht missbraucht werden, um den Transfer von Kompetenzen zu hintertreiben. Zugleich sollte über eine flexible Anwendung im gegenseitigen Einvernehmen nachgedacht werden.

Konnexitätsprinzip bleibt Basis – aber dieses flexibel anwenden!

Interkommunale Kooperation vorantreiben

Die demografische Entwicklung, der verschärfte Standortwettbewerb, die wachsende Komplexität der Daseinsvorsorge und die knappen Kassen zwingen die Kommunen, nach neuen Wegen zu suchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ein großes Potenzial bietet interkommunale Kooperation. Städte und Gemeinden arbeiten auf einer vertraglichen Grundlage zusammen, um ein gemeinsames Projekt zu realisieren. Dies kann die Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung sein, der gemeinsame Betrieb einer Schule oder Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche Entwicklungsmaßnahme, welche Kraft und Kompetenz jedes einzelnen Teilnehmers übersteigt. Projektgebundene Zusammenschlüsse können sowohl in Teilregionen einzelner Landkreise als auch Landkreis übergreifend organisiert werden. Voraussetzung für eine solche kommunale Zusammenarbeit ist, dass die beteiligten Akteure die notwendige Handlungsautonomie, Kompetenz und Finanzausstattung einbringen - auch hierfür braucht es eine konsequente Funktionalreform. Wenn sich diese Zusammenarbeit verstetigt und auf immer mehr Vorhaben ausdehnt, kann dadurch unter Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit auch eine

Projektgebundene Zusammenschlüsse in Regionen

neue, funktional definierte Territorialität in Brandenburg begründet werden.

Landkreise mit neuen Aufgaben

Im Zuge der Funktionalreform sollte auch über die künftige Rolle der Landkreise nachgedacht werden. Dabei gilt es, deren Aufgaben als kommunale Gebietskörperschaften im Verhältnis zwischen Städten und Gemeinden einerseits und dem Land andererseits neu zu bestimmen **und klar abzugrenzen. Mit den neuen Aufgaben ist auch auf dieser Verwaltungsebene die rechtliche und finanzielle Ausstattung zu klären. Im Ergebnis von Funktionalreform und interkommunaler Kooperation kann auch über den territorialen Zuschnitt der Landkreise nachgedacht werden. Voraussetzung für eine territoriale Neugliederung der Verwaltungsstrukturen ist auf jeden Fall, den demokratischen Charakter der politischen Willensbildung in den Gebietskörperschaften zu bewahren.**

7. Brandenburg und Berlin - Gemeinsam auf gleicher Augenhöhe

Brandenburg und Berlin sind eine historisch gewachsene Region. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte eine administrative, später auch eine politische Trennung. Unabhängig von der heutigen politisch-administrativen Gliederung schreitet die regionale wirtschaftliche und infrastrukturelle Verflechtung voran. Dies ist in vielen Bereichen deutlich sichtbar.

Die Landesregierung reagiert auf diese Entwicklung durch verstärkte institutionelle Kooperation, ohne die Fusion als klares Ziel zu benennen. Selbst dieser Weg wird nur halbherzig gegangen. Die Überwindung teurer Doppelstrukturen und unterschiedlicher Politikansätze sowie die Beendigung der Fördermittelkonkurrenz gelingen so nicht. Diese Herangehensweise „von oben“ ist auf Dauer unbefriedigend.

Ein neuer Anlauf für eine gemeinsame Zukunft

Dem setzen wir einen Politikansatz entgegen, der ein Zusammenwachsen der Länder Brandenburg und Berlin „von unten“ auf den Weg bringt. **Dafür wollen wir die Erfahrungen aus 17 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz sorgfältig berücksichtigen.**

Was liegt näher, als sich gemeinsam den wirklich existentiellen Herausforderungen zu stellen, die sich für die gesamte Region aus dem Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen Standortwettbewerb ergeben. Auf der Tagesordnung stehen eine integrierte Bildungslandschaft und Infrastruktur, ein gemeinsames Konzept für Wasserversorgung und Klimaschutz, ein Energieverbund, eine Zusammenlegung der Wirtschaftsförderung und eine abgestimmte Kooperation mit be-

Brandenburg und Berlin sind ein historisch gewachsener Raum

Die Verflechtung schreitet seit 17 Jahre voran

Gemeinsam sich den Herausforderungen stellen

nachbarten polnischen Woiwodschaften. Ein weiteres Potenzial liegt in der Verknüpfung der Förderung von Zukunftsbranchen.

Bei der Lösung der vielfältigen Probleme im Berliner Umland können die Synergieeffekte einer gleichberechtigten Zusammenarbeit am ehesten sichtbar werden. Ein weiterer Impuls für das Zusammenwachsen „von unten“ könnte durch eine Diskussion über eine gemeinsame Landesverfassung und damit über die Ziele und Werte, die Brandenburger und Berliner künftig gemeinsam tragen und vertreten wollen, entstehen. Solche gemeinsamen Anstrengungen werden nicht nur zu konkreten Ergebnissen führen, sondern auch die Zusammengehörigkeit stärken.

Zusammenwachsen auf Augenhöhe

Ein gemeinsames Land in Gestalt einer „Metropolenregion“ um Berlin wird es mit uns nicht geben. Ein Zusammenwachsen beider Länder muss Brandenburgs regionale Vielfalt berücksichtigen. Die unterschiedlichen Kulturlandschaften mit ihrer Identität stiftenden Qualität sind zu erhalten, **die historisch gewachsenen Austauschbeziehungen mit anderen Regionen (Hamburg, Szczecin, Halle-Leipzig oder Dresden) sind für die gesamte Region produktiv zu machen.** Ein Zusammenschluss kann nur als „Verbund der Regionen“ funktionieren, an dem alle Partner auf gleicher Augenhöhe politisch teilhaben. Dazu sind wirksame Interessenvertretungen der Teilregionen erforderlich.

In ein gemeinsames Land bringt die Hauptstadt und Metropole Berlin ihre spezifischen Stärken ebenso ein wie die Brandenburger Regionen ihre vielfältigen Potenziale. Die Kräfte beider Länder könnten sich so im Interesse der gesamten Region wechselseitig verstärken.

8. Engagiert im deutschen Föderalismus

Angesichts der engen Verflechtung von Bund und Ländern im deutschen Föderalismus sind vielfältige bundespolitische Initiativen des Landes erforderlich. Im monotonen Gleichklang der „Großen“ Koalitionen in Potsdam und im Bund ist die Stimme Brandenburgs in der Bundespolitik noch leiser geworden. Der angestrebte Politikwechsel im Land muss dies verändern.

Für eine aktive Politik im Bund

Die Strukturen für mehr bundespolitisches Engagement sind vorhanden. Brandenburg hat die Möglichkeit, im föderalen Rahmen intensiv mit den anderen Bundesländern zu kooperieren. Neben Berlin bietet sich eine intensive Zusammenarbeit vor allem mit den benachbarten Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie mit der Metropolregion Hamburg und dem Land Niedersachsen an. Brandenburg wirkt in der Gruppe der ostdeutschen Länder mit, die viele gemeinsame

Erfolge gleichberechtigter Kooperation sichtbar machen

Gemeinsame Landesverfassung als Impuls „von unten“

Beziehungen zu benachbarten Räumen produktiv machen

Im Bund aktiv für Brandenburg eintreten

Interessen durchzusetzen versucht. Bislang ist diese Zusammenarbeit vor allem auf die Sicherung von Transferleistungen fixiert - und selbst da zogen die ostdeutschen Länder nicht immer in eine Richtung.

Zu wenig wird Brandenburg aktiv, um den deutschen Föderalismus wirkungsvoll mitzugestalten, Normen und Spielregeln zu setzen, die zustimmungspflichtigen Bundesgesetze auf ihre Nachhaltigkeit und soziale Ausgeglichenheit zu prüfen oder die strukturellen Benachteiligungen der Ostdeutschen zu beenden.

Bundesgesetze auf Nachhaltigkeit und soziale Ausgeglichenheit prüfen

Reformen der bundesstaatlichen Ordnung mitgestalten

Es kommt darauf an, die anstehenden weiteren Reformen der bundesstaatlichen Ordnung zu nutzen, um dem Land mehr Spielräume zu erschließen und das föderale System transparenter zu machen.

Brandenburg muss klarer formulieren, wo die Ziele des Landes als Partner im deutschen Föderalismus liegen. Dafür sollte selbstbewusst eine eigenständige politische Agenda entwickelt werden. Ein Kernpunkt betrifft das Verhältnis zwischen Wettbewerb und Solidarität im föderalen System. Brandenburg muss daran interessiert sein, den notwendigen und sinnvollen Wettbewerb um die stärkste Leistungsfähigkeit zwischen den Ländern im Rahmen des Solidargedankens zu regeln.

Den Wettbewerb zwischen den Ländern mit Solidargedanken verbinden

Dies gilt auch für das Verfassungsziel, gleichwertige Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Deutschlands herzustellen. Dafür brauchen wir auch künftig eine solidarische Unterstützung der strukturschwachen Länder und Regionen, um deren Startbedingungen für den Wettbewerb zu verbessern. Für diese Unterstützung müssen bundesweit einheitliche Kriterien entwickelt werden.

9. Aktiv in Europa

Das Land Brandenburg und seine Menschen sind vielfältig mit Europa verbunden. Die europäische Integration bietet unserem Land **große** Chancen und stellt zugleich eine **gewaltige** Herausforderung da. Das märkische Flächenland muss im Wettbewerb mit anderen Regionen der Europäischen Union bestehen, hat aber auch die Chance, deren Weiterentwicklung mitzugestalten.

Brandenburg ist wieder in europäischer Mittellage...

...aber die Möglichkeiten wurden bisher nicht genutzt

Nach der EU-Osterweiterung liegt Brandenburg nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern hat seine europäische Mittellage wieder gewonnen. Das Land kann von seiner Zugehörigkeit zur Europäischen Union und **besonders von engen Beziehungen zu seinen Nachbarn im Osten und Südosten** enorm profitieren.

Eine aktive Europapolitik ist lebenswichtig

Die europäische Integration ist heute in Brandenburg allgegenwärtig: Egal ob bei öffentlichen Dienstleistungen wie ÖPNV

oder Abfallbeseitigung, bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen oder beim Passieren der Grenze nach Polen, überall entscheidet „Europa“ mit. In Gestalt der Europäische Kommission, des auch von uns Brandenburgern gewählten Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates und somit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen.

In diese Entscheidungsprozesse können und müssen Landtag und Landesregierung die Interessen Brandenburgs wirksamer einbringen. **Die bestehenden Möglichkeiten für eine eigenständige Europapolitik werden zu wenig genutzt. Da es keine im Kabinett abgestimmte europapolitische Strategie für die Wahlperiode gibt, handeln die Ressorts nebeneinander her, manchmal aber auch gegeneinander. Andere deutsche Länder zeigen, dass es besser geht.**

Im Zusammenspiel mit einer aktiven Landesregierung muss sich auch der Landtag stärker **europapolitischen Fragestellungen und ihren Wirkungen auf die Landespolitik stellen**. Das Land Brandenburg kann seinen Teil dazu beitragen, jene Lücke zu schließen, die zwischen der aktuellen Europa-Politik und den sozialen Problemen der Europäer klafft.

Brandenburg im Europa der Regionen

Brandenburgs Zukunftschancen sind stark von seinem Charakter als Teil einer größeren europäischen Region geprägt. **Zu dieser deutsch-polnischen Wirtschafts- und Kulturregion – wir nennen sie „Ziemia Odrzańska“ - sollten neben Brandenburg und Berlin die Woiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) und Dolnośląskie (Niederschlesien) gehören; hier gibt es heute bereits vielfältige Kooperationen zwischen staatlichen, kommunalen, gesellschaftlichen und privaten Akteuren. Dieser Raum zieht Kraft aus den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Poznań und Wrocław, seine Potenziale liegen aber auch in kleineren Zentren wie Frankfurt (Oder) oder Zielona Góra und im ländlichen Raum.**

Mit dem Beitritt Polens zur EU haben sich die Rahmenbedingungen für diese Kooperation verbessert. **Mit der Initiative für eine „Oder-Partnerschaft“ wurde ein wichtiger Schritt zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit getan. Für eine wettbewerbsfähige europäische Region an Oder und Neiße bleibt aber noch viel zu tun. Dazu gehört der Aufbau stabiler Arbeitsbeziehungen zu den Woiwodschaften; administrative, industrielle und Servicepotentiale müssen besser vernetzt werden. Voraussetzung dafür ist mittelfristig eine regionale Institution mit Entscheidungskompetenzen.**

Ein ständiges Diskussionsforum „Ziemia Odrzańska“ könnte Aufgaben der Entwicklung dieses Raumes künftig koordinieren:

Europapolitik als Teil der Landespolitik

Potenziale ausschöpfen

Oder-Partnerschaft entwickeln

eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes Berlin/Brandenburg-Westpolen, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, das im Dialog mit der Wirtschaft Antworten auf neue Qualifikationsbedarfe entwickelt sowie den Forschungsstandort und Ausbildungsangebote regional und international bewirbt, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts oder die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region im Sinne eines Erlebnisraumes Oder-Neiße.

Im unmittelbaren Grenzgebiet haben sich im Rahmen der Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina sowie der Spree-Neiße-Bober vielfältige wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturellen Kontakte mit den Nachbarn Polen entwickelt. **Die drei Euroregionen könnten künftig auch Aufgaben übernehmen, die heute noch in der Zuständigkeit von Ministerien oder ihnen nachgeordneten Einrichtungen sind. Vor Ort wissen deutsche und polnische Akteure am besten, welche Probleme wie gelöst werden können.**

Euroregionen als kompetente Akteure vor Ort nutzen

10. Solidarischer Partner in der Einen Welt

Entwicklung und Frieden gehören in der Einen Welt zusammen. Dieser Gedanke Willy Brandts, der auch für eine verantwortungsbewusste Landespolitik gilt, fand 1992 Eingang in die Präambel der Verfassung unseres Landes.

Die zunächst durchaus sichtbaren Bemühungen der Landesregierung, diesem Anspruch mit eigenen Aktivitäten gegenüber Mittel- und Osteuropa und in einer aktiven Entwicklungspolitik gerecht zu werden, sind inzwischen eingeschlafen. Seit 2002 hat die Landesregierung in diesem Bereich keinen konzeptionellen Anspruch und kaum noch praktische Politik geleistet. Provinzialität versteckt sich heute hinter Sparzwängen und vermeintlicher Nichtzuständigkeit Brandenburgs. Dabei gehört internationales Handeln ohne Zweifel zu den Kompetenzen deutscher Länder, und diese wird von den meisten Landesregierungen auch ausgiebig genutzt.

Provinzialität versteckt sich hinter Sparzwängen

Für eine aktivere internationale Zusammenarbeit

Brandenburg ist heute auf die vielfältigste Art und Weise mit weltweiten Entwicklungen verwoben. Wachsende Handelströme, weltweite Städtepartnerschaften, politische Vereinbarungen **mit Regionen in aller Welt**, Asylsuchende aus Afrika oder die Entwicklungshilfe junger Brandenburger in Asien, **Afrika** und Lateinamerika – die Vernetzung des Landes und seiner Bewohner in den internationalen Beziehungen ist mannigfaltig und von gegenseitigem Nutzen.

Internationale Vernetzung Brandenburgs ist mannigfaltig

Schwerpunkt dieser internationalen Vernetzung ist sicherlich Europa. Die Gestaltung unseres Verhältnisses zu den Nachbarn im Osten, seien sie

nun Mitglied der Europäischen Union oder nicht, ist weiterhin eine Herausforderung für die deutsche Politik, bei der das Land Brandenburg einen eigenständigen und innovativen Beitrag leisten kann.

Zugleich verstehen wir uns als ein solidarischer Partner des Südens, der im Bewusstsein um globale Verantwortung faire politische und wirtschaftliche Beziehungen sucht.

Nachhaltige Entwicklung als globale Herausforderung

Wir begreifen nachhaltige Entwicklung im Lande auch als eine globale Herausforderung. Ideenreich gilt es, jene Möglichkeiten zu nutzen, die sich für Brandenburg aus den Globalisierungsprozessen ergeben. **Brandenburg ist verpflichtet, einen eigenständigen Beitrag zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele zur weltweiten Bekämpfung von Armut leisten, die die UNO für den Zeitraum bis 2015 aufgestellt hat. Die Mitverantwortung des Landes in einer globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie die Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind wichtige Ansatzpunkte für eine noch auszuarbeitende Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie.**

Ernsthafte Politik für ein modernes und soziales Brandenburg in der Einen Welt muss jene Gruppen und Netzwerke im Lande angemessen unterstützen und einbeziehen, die sich engagiert und selbstlos hier und in der Welt für Entwicklung und Umweltschutz einsetzen.

***Eigenständiger Beitrag
zu Millenniums-Zielen***

**Netzwerke für Entwicklung
und Umweltschutz im
Lande unterstützen**

VI. Neue Mehrheiten für einen Politikwechsel

Dieses Leitbild richtet sich an alle, die an einem zukunftsfähigen, lebenswerten und sozial gerechten Brandenburg interessiert sind. Es setzt auf das selbstbewusste und kompetente Engagement der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die sich bereits in zahlreichen Verbänden und Vereinen, in Parteien und Kommunen, in Handwerkskammern, Religionsgemeinschaften und Umweltgruppen für eine nachhaltige Entwicklung dieses Landes in der einen Welt einsetzen.

Dieses Leitbild lädt alle Brandenburgerinnen und Brandenburger zum Mitmachen ein. Es bietet den unterschiedlichen Generationen in diesem Land lebenswerte Perspektiven, den jungen Menschen, die solide Ausbildung und familienfreundliche Bedingungen suchen, und der ältere Generation, die mit ihren Erfahrungen für dieses Land weiterhin politisch und sozial aktiv ist.

Dieses Leitbild formuliert das Anliegen jener Mehrheit in der Bevölkerung Brandenburgs, die für eine soziale und solidarische Gesellschaft hierzulande und weltweit eintritt. Wir folgen damit all jenen, die sich im gesamten Land – sei es in Bork in der Ostprignitz oder in der Landeshauptstadt Potsdam, in Glambeck in der Schorfheide oder in Cottbus – für gleichwertige Lebensverhältnisse und gleiche Teilhabe an der Gesellschaft einsetzen.

Gesellschaftliche Mehrheiten für einen Politikwechsel

Einer solchen strukturellen Mehrheit, die in der Gesellschaft vorhanden ist, bedarf es auch in der politischen Arena. Das gilt sowohl für die Arbeit im Parlament als auch außerhalb. Dieses Leitbild soll helfen, diese gesellschaftlichen Mehrheiten politisch zu bündeln.

Dafür ist eine Öffentlichkeit notwendig, in der ein gleichberechtigter produktiver Dialog über eine nachhaltige Entwicklung in allen Teilen Brandenburgs geführt werden kann.

Mit Visionen und Tatkraft können wir gemeinsam die politischen Realitäten zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs verändern!